

Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2011 Schlussbericht

Vorlage Nr. 261a/2012



Tübingen
Universitätsstadt

August 2012

Impressum

Herausgegeben von der Universitätsstadt Tübingen

Rechnungsprüfungsamt

Vorlage Nr.: 261a/2012

Redaktion: Werner Braun

Layout und Druck: Reprintstelle/Hausdruckerei

Inhaltsverzeichnis

Universitätsstadt Tübingen	3
Prüfungsauftrag	4
Allgemeines	4
Abwicklung des Schlussberichts 2010	4
Vorlage der Jahresrechnung 2011	4
Pflichtaufgaben	5
Prüfung der Jahresrechnung (§ 110 GemO)	5
Kannaufgaben	6
Übertragene Aufgaben	6
Prüfung bei Dritten	6
Kooperationen	6
Zusammenfassung des Haushaltsjahres	7
Finanzielle und wirtschaftliche Verhältnisse	7
Resümee	8
Allgemeine finanzielle Lage	9
Leistungskraft des Haushaltes – Zuführungsrate	9
Nettoinvestitionsrate	9
Finanzierung des Vermögenshaushaltes	10
Mehreinnahmen im Vermögenshaushalt	10
Vermögenslage – Rücklagen	10
Schulden	11
Zinsbelastung	11
Schuldenstand einschließlich der Eigenbetriebe	12
Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsführung	13
Allgemeine Haushaltsgrundsätze	13
Entwicklung und Struktur der Einnahmen	14
Haushaltssatzung und Haushaltsplan	15
Haushaltssatzung	15
Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde	15
Jahresrechnung und -ergebnis 2011	16
Verwaltungshaushalt	16
Vermögenshaushalt	16
Ausführung des Haushaltsplanes	17
Deckungskreise bzw. Ämterbudgets	17
Eingesparte Budgetmittel	17
Über- und außerplanmäßige Ausgaben	17
Haushaltseinnahme- und Ausgabereste	19
Kostenrechnende Einrichtungen (KRE)	20
Sonderrechnung	20

Kasse und Rechnungslegung	20
Kassenbestand und Liquidität	20
Kassenkredite	20
Kasseneinnahmereste (KER)	21
Kassenausgabereiste (KAR)	22
Laufende Prüfung der Kassenvorgänge (§ 112 Abs. 1 Nr. 1 GemO)	22
Kassenüberwachung	22
Vorräte und Vermögensbestände, Bestandsverzeichnisse	23
Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts	23
Erfassung und Bewertung des städtischen Vermögens	23
Buchführung	24
Prüfungspunkte der Vorjahre	25
Festsetzung der Steuerungsumlage bei der Gebührenkalkulation	25
Zuschuss an das Kulturnetz Tübingen e.V.	25
Pauschalierte Erschwerniszulagen	25
Arbeitszeitregelungen für Bauaufseher	25
Prüfung der Geschäftsausgaben bei den Tübinger Schulen	25
Schwerpunktprüfungen 2011	26
Verwaltung – allgemein	26
Gemeinschaftsantennenanlage WHO	26
Kostendeckung Omnibushof UA 7922	26
Abrechnung und Abstimmung der Gebührenkassen	27
Aufklärung Abschlussdifferenzen aus FIWES	27
Abrechnung der GWG Tübingen 2011	28
Nachzahlungsverpflichtung der GWG Tübingen	28
Sonderprüfung Tübinger Musikschule e.V.	28
Dienstanweisung Parkgebühren	28
Prüfung der Verwendungsnachweise der Vereine	
im Bereich der Stabsstelle Gleichstellung und Integration	29
Abwasserbeitrag „Alte Weberei“	29
Beschaffung eines Kommandowagens für die Feuerwehr	29
Geschenkeliste	30
Werkverträge / Arbeitsverträge	30
Budgetierung und Mittelbindung	30
Personalprüfung	31
Bautechnischer Bereich	34
Vergaben im Allgemeinen	35
Vertragswesen HOAI- Ingenieurverträge	35
Bauabrechnungen	36
Betätigungsprüfung	38
Wiederbestellung der Geschäftsführer der SWT Tübingen	38
Beteiligungsbericht	38
Eigenbetrieb Kommunalen Servicebetrieb Tübingen (KST)	39
Überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt	40
Bestätigungsvermerk	41

Universitätsstadt Tübingen

Allgemeine Angaben

Einwohnerzahl am 31. Dezember 2011 89.011

Zentralörtliche Funktion: Oberzentrum Reutlingen-Tübingen

Leiter der Verwaltung

seit 11. Januar 2007 Oberbürgermeister Boris Palmer

Erster Beigeordneter

seit 3. Juli 2006 Erster Bürgermeister Michael Lucke

Weitere Beigeordnete

seit 2. April 2010 Baubürgermeister Cord Soehlke

Fachbeamter für das Finanzwesen

seit 1. August 1998 StVwD Berthold Rein

Leiter des Fachbereichs Interne Dienste

seit 14. Dezember 1982 StVwD Jochen Großhans

Leiter des Rechnungsprüfungsamtes

seit 1. November 2003 StOVwR Werner Braun

Prüfungsauftrag

Allgemeines

Nach § 109 Abs. 1 GemO muss die Große Kreisstadt Tübingen ein Rechnungsprüfungsamt als besonderes Amt einrichten, sofern sie sich nicht eines anderen kommunalen Rechnungsprüfungsamts bedient.

Unabhängig und
weisungsfrei

Das Rechnungsprüfungsamt ist bei der Erfüllung der ihm zugewiesenen Prüfungsaufgaben unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Es untersteht im Übrigen dem Oberbürgermeister unmittelbar (§ 109 Abs. 2 GemO). Das Rechnungsprüfungsamt fertigt gemäß § 110 Abs. 2 GemO einen Schlussbericht zur Jahresrechnung; damit legt es Rechenschaft ab über die Erfüllung seiner Aufgaben und informiert über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung. Der Bericht ist dem Gemeinderat vorzulegen.

Abwicklung des Schlussberichts 2010

Der Schlussbericht über die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2010 wurde am 14. November 2011 im Verwaltungsausschuss behandelt und am 28. November 2011 im Gemeinderat in öffentlicher Sitzung behandelt. In dieser Sitzung hat der Gemeinderat die Jahresrechnung nach § 95 Abs. 2 GemO festgestellt.

Der Beschluss über die Feststellung der Jahresrechnung 2010 wurde am 8. Dezember 2011 ortsüblich bekannt gegeben und in der Zeit vom 9. Dezember 2011 bis einschließlich 19. Dezember 2011 öffentlich ausgelegt. Das Regierungspräsidium Tübingen wurde entsprechend informiert.

Vorlage der Jahresrechnung 2011

Nach § 95 Abs. 2 GemO ist die Jahresrechnung innerhalb von sechs Monaten nach Ende des Haushaltsjahres aufzustellen und vom Gemeinderat innerhalb eines Jahres nach Ende des Haushaltsjahres festzustellen. Die Jahresrechnung 2011 – ohne den Rechenschaftsbericht – wurde am 12. Juni 2012 von der Stadtkämmerei dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung vorgelegt.

Pflichtaufgaben

Der gesetzliche Auftrag des Rechnungsprüfungsamtes zur örtlichen Prüfung ergibt sich aus den §§ 110 und 112 Abs. 1 GemO (Pflichtaufgaben). Eine Pflichtaufgabe

Prüfung der Jahresrechnung (§ 110 GemO)

Die Jahresrechnung besteht aus:

1. dem kassenmäßigen Abschluss
2. der Haushaltsrechnung
3. der Vermögensrechnung
4. dem Rechenschaftsbericht.

Die Jahresrechnung der Stadt ist nach § 95 Abs. 2 GemO innerhalb der ersten sechs Monate nach Ende des Haushaltsjahres aufzustellen, nach § 110 Abs. 2 GemO innerhalb von vier Monaten vom Rechnungsprüfungsamt zu prüfen und vom Gemeinderat innerhalb eines Jahres nach Ende des Haushaltsjahres, also zum 31. Dezember festzustellen.

Der Prüfungs-
umfang

Die Prüfung erstreckt sich nach § 110 Abs. 1 GemO darauf, ob

- bei den Einnahmen und Ausgaben und bei der Vermögensverwaltung nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren worden ist,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
- der Haushaltsplan eingehalten worden ist,
- das Vermögen und die Schulden richtig nachgewiesen worden sind

Damit sind die wesentlichen Prüfungsaufgaben des Rechnungsprüfungsamts beschrieben. Die Prüfung und die Vorarbeiten zum Schlussbericht beginnen nicht erst mit Übergabe der Jahresrechnung, sondern werden über das ganze Jahr verteilt. Geprüft wurde lückenlos oder stichprobenweise, je nach Notwendigkeit (Fehlerhäufigkeit) und den personellen Möglichkeiten des Amtes.

Im Rahmen der Prüfung der Jahresrechnung hat die sachliche Prüfung, die zugleich eine rechtliche ist, Vorrang (§ 6 GemPrO). Daher nimmt das Rechnungsprüfungsamt auch zu Fragen der Ordnungsmäßigkeit Stellung. Außerdem wurden Stellungnahmen, Verfahrenshinweise und gutachterliche Prüfungen zu verschiedenen Angelegenheiten der Verwaltung abgegeben.

Politische Entscheidungen

hat das Rechnungsprüfungsamt nicht zu bewerten. Es hat Fakten zu erheben und diese anhand den Vorgaben der Gemeindeprüfungsordnung (GemPrO) sachlich, rechnerisch und formal zu prüfen.

Keine politische
Bewertung

Kannaufgaben

Übertragene Aufgaben

Von den in § 112 Abs. 2 GemO aufgeführten weiteren Prüfungsaufgaben sind dem Rechnungsprüfungsamt vom Gemeinderat folgende Aufgaben übertragen worden:

- die Prüfung der Vergaben,
- die Prüfung der Betätigung der Gemeinde als Gesellschafter oder Aktionär in Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (sog. Betätigungsprüfung),
- Buch-, Betriebs- und Kassenprüfungen bei Dritten, die sich die Stadt bei einer Beteiligung, bei der Gewährung eines Darlehens oder in anderen Fällen vorbehalten hat
- die Prüfung der Organisation und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung; seit 30. Juni 2008.

Prüfung bei Dritten

Auch für Dritte tätig

Das Rechnungsprüfungsamt legt besonderes Augenmerk auf die Einnahmeseite seines Budgets durch die Übernahme von Prüfungsaufgaben bei Dritten. Durch diese zusätzlich übernommenen Aufgaben nimmt das Rechnungsprüfungsamt insgesamt 31.320 Euro (Vorjahr 24.225 Euro) per anno an Prüfungsgebühren ein.

Die Jahresrechnungen der nachfolgend genannten Gesellschaften oder Vereine wurden vom Rechnungsprüfungsamt geprüft:

- Tübinger Zimmertheater GmbH
- Volkshochschule Tübingen e.V.
- Bürger- und Verkehrsverein Tübingen
- Verein zur Förderung des Deutsch-Französischen Kulturinstituts
- Tübinger Musikschule e.V.
- Verein Hirsch, Begegnungsstätte für Ältere e.V.
- Deutsch amerikanisches Institut (d.a.i.)
- Hölderlingesellschaft e.V.
- LTT – Landestheater Württemberg-Hohenzollern (seit 2000)
- Stiftung Kunsthalle (seit 2003)

Sofern das Rechnungsprüfungsamt als Ersatz für den Wirtschaftsprüfer – mit der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde – die Prüfung von Gesellschaften wahrnimmt, wurde jeweils ein eigenständiger Prüfbericht gefertigt und dem Gemeinderat zur Wahrnehmung seiner Aufsichtsrechte vorgelegt.

Kooperationen

Entsprechend der Empfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) haben die Städte Reutlingen und Tübingen einen öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Zusammenarbeit ihrer Rechnungsprüfungsämter geschlossen (Kooperationsvertrag). Der Vertrag wurde am 6. Oktober 1999 von Oberbürgermeisterin Russ-Scherer und Oberbürgermeister Dr. Schultes unterzeichnet. Eine weitergehende Zusammenarbeit mit dem Ansatz beide Rechnungsprüfungsämter zusammenzulegen wurde geprüft, konnte aber nicht verwirklicht werden. Der Gemeinderat wurde hierüber mit Vorlage 566a/2010 informiert.

Im Rahmen der Kooperation fand der alljährliche Erfahrungsaustausch der Amtsleitungen statt.

Interkommunale Zusammenarbeit

Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit der Städte Reutlingen, Metzingen, Tübingen, Rotenburg und der Landkreise Reutlingen und Tübingen wurde auch im Jahr 2010 – unter Beteiligung des Rechnungsprüfungsamts – im Bereich der Beschaffung von Büromaterial und Schreibbedarf, sowie Kopier- und Druckerpapier und die Lieferung von Büromöbel gemeinsam ausgeschrieben.

Zusammenfassung des Haushaltsjahres

Finanzielle und wirtschaftliche Verhältnisse

Die anhaltende Konjunktur im Jahr 2011 hat sich auch für den städtischen Haushalt positiv ausgewirkt. Somit konnte die geplante Zuführungsrate von rd. 1,3 Mio. Euro um rd. 14,6 Mio. Euro mehr als deutlich übertroffen werden.

Positives Ergebnis

Die Haushaltsrechnung 2011 weist eine Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt in Höhe von

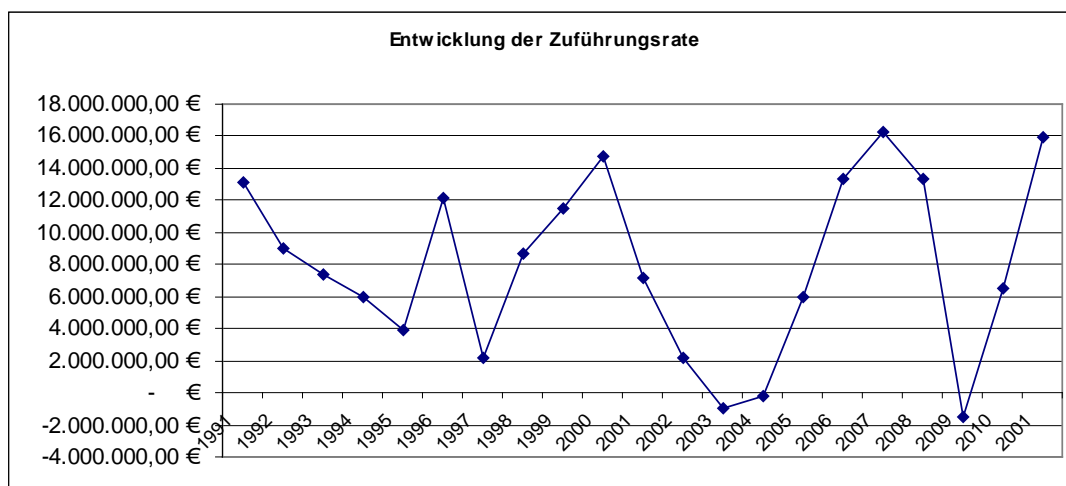
15.962.323,06 Euro aus.

Damit konnte die nach § 22 GemHVO vorgeschriebene Mindestzuführungsrate an den Vermögenshaushalt voll erbracht werden.

Ursächlich für dieses gute Rechnungsergebnis waren Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen (+ 5,94 Mio. Euro) und beim Realsteueraufkommen (+3,67 Mio. Euro), sowie bei den Gemeindeanteilen an den Gemeinschaftssteuern (+ 1,66 Mio. Euro). Des Weiteren haben auch im Jahr 2011 erhebliche Einsparungen in den Budgets der Ämter und Fachbereiche (2,71 Mio. Euro) zu diesem Ergebnis beigetragen.

Die genaue Entwicklung der HH-Gruppierungen ist in **Anlage 1** dargestellt.

Die Entwicklung der Zuführungsrate sieht wie folgt aus:



Der Vermögenshaushalt schließt mit einem Überschuss in Höhe von rd. 10 Mio. Euro ab, welcher der allgemeinen Rücklage zugeführt wurde.

Das städtische Anlagevermögen hat gegenüber dem Vorjahr per Saldo um 1,8 Mio. Euro abgenommen. Im Haushaltsjahr 2011 wurden Grundstücke und Gebäude im Wert von 3,7 Mio. Euro verkauft. Der Erwerb lag bei 1,9 Mio. Euro.

In **Anlage 2** ist die Vermögensbilanz der Jahre 1990 – 2011 dargestellt.

Resümee

Die allgemein sehr positive Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2011 hat sich auch auf den städtischen Haushalt ausgewirkt. So konnte durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer und bei den Zuweisungen eine deutlich, weit über dem Plan liegende Zuführungsrate erzielt werden. Auch für das Jahr 2012 ist nach der Steuerschätzung im Mai 2012 mit steigenden Steuereinnahmen zu rechnen. Im Haushaltsplan 2012 wurde mit einer ähnlich hohen Zuführungsrate wie in 2011 erzielt, geplant. Bedingt durch die starke Verbesserung der Nettoinvestitionsrate in den Jahren 2011 und 2012 sind die Investitionen und Bauvorhaben im Vermögenshaushalt gegenüber den Vorjahren deutlich angestiegen.

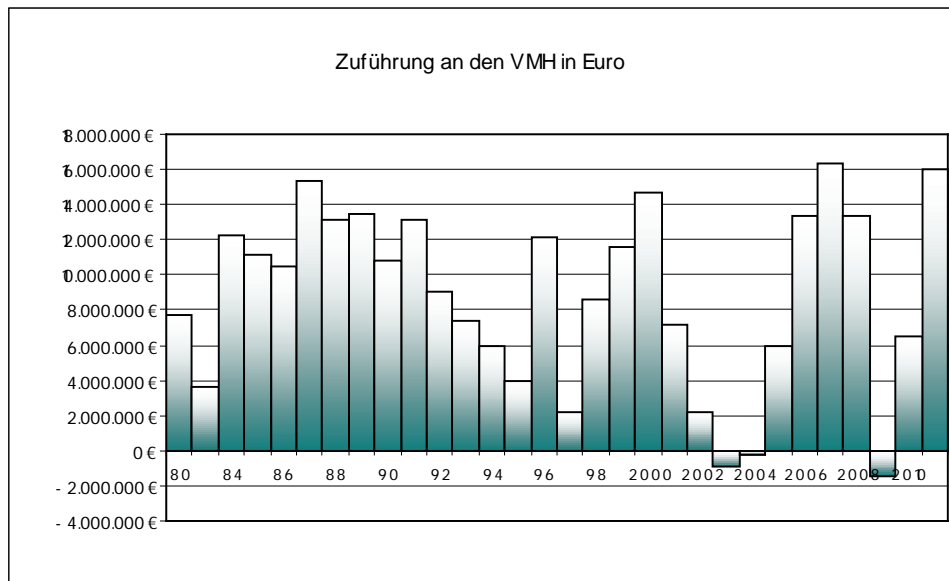
Ob sich allerdings dieser positive Aufwärtstrend im Hinblick Euro-Krise auch in den kommenden Jahren weiter fortsetzen wird bleibt abzuwarten. Bezüglich der Finanzplanung bis 2014 hat die Rechtsaufsichtsbehörde darauf hingewiesen, dass im Hinblick auf die geplanten Investitionen trotz der Einnahmenverbesserungen und der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen die Leistungsfähigkeit des Verwaltungshaushalts noch nicht ausreichend sei und so weitere Kreditaufnahmen notwendig sein werden. Daher gilt es bei aller Zuversicht anlässlich der aktuellen Zahlen darauf zu achten, dass mittel bis langfristig die Schuldenlast der Stadt nicht zu groß wird. Das heißt, auch in guten Zeiten muss gespart und Geld auf die hohe Kante gelegt werden.

Allgemeine finanzielle Lage

Leistungskraft des Haushaltes – Zuführungsrate

Die Zuführungsrate des Verwaltungshaushalts zum Vermögenshaushalt ist eine wichtige Kennzahl für die Leistungskraft des Haushaltes.

Die Entwicklung der Zuführungsrate in den letzten Jahren ist der folgenden Grafik zu entnehmen:



Nettoinvestitionsrate

Die Nettoinvestitionsrate ist die im laufenden Betrieb erwirtschaftete freie Spitze und errechnet sich aus der Zuführungsrate des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt, abzüglich der Tilgungen und der Kreditbeschaffungskosten. Die Nettoinvestitionsrate lässt so den finanziellen kommunalpolitischen Handlungsspielraum erkennen.

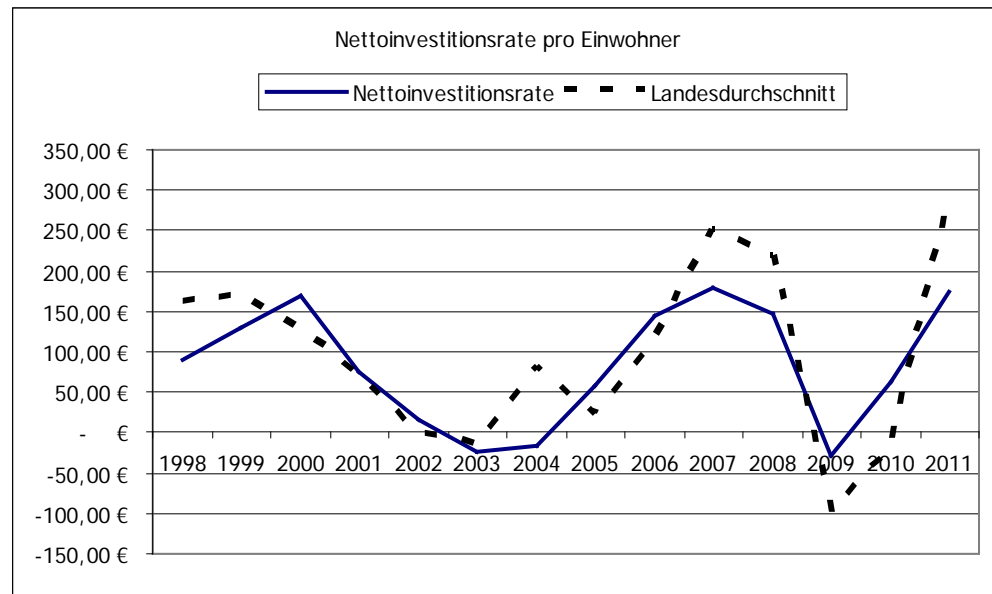
Der Aufwand für die ordentliche Tilgung lag im Haushaltsjahr 2011 bei insgesamt 690.675,59 Euro (Vorjahr 895.984,56 Euro). Damit konnte, bedingt durch die positive Zuführungsrate in Höhe von rd. 15,3 Mio. Euro, die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzuführungsrate mehr als erreicht werden.

Bezogen auf die Einwohner stellt sich der Verlauf der Nettoinvestitionsraten der vergangenen sechs Jahre wie folgt dar:

Haushaltsjahr 2011	173,07 Euro
Haushaltsjahr 2010	63,50 Euro
Haushaltsjahr 2009	- 27,80 Euro
Haushaltsjahr 2008	146,32 Euro
Haushaltsjahr 2007	180,26 Euro
Haushaltsjahr 2006	146,31 Euro

Im Vergleich hierzu der Landesdurchschnitt mit 290 Euro pro Einwohner; hier liegt Tübingen darunter, allerdings ist diese Zahl nur eingeschränkt vergleichbar.

Die Entwicklung der Nettoinvestitionsrate im Vergleich zum Landesdurchschnitt ist nachfolgend dargestellt:



Finanzierung des Vermögenshaushaltes

Durch die überraschend hohe Zuführungsrate vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt war, entgegen der Planung, eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage mit 1,4 Mio. Euro zur Finanzierung des Vermögenshaushalts nicht notwendig.

Die Finanzierung des Vermögenshaushalts 2011 erfolgte im Wesentlichen aus der Zuführung vom Verwaltungshaushalt (16,1 Mio. Euro), den Veräußerungserlösen von Sachen des Anlagevermögens (3,7 Mio. Euro), der Aufnahme neuer Kredite (9,1 Mio. Euro) und den Rückflüssen von Darlehen (4,3 Mio. Euro).

Mehreinnahmen im Vermögenshaushalt

Durch die außerplanmäßige Zuführung vom Verwaltungshaushalt in Höhe von 14.609.453,06 Euro konnte der Vermögenshaushalt ausgeglichen werden. Die verbleibenden Mehreinnahmen in Höhe von 9.822.823,27 Euro wurden der Allgemeinen Rücklage zugeführt.

Vermögenslage – Rücklagen

Vermögensrechnung

Die Vermögensrechnung ist Bestandteil der Jahresrechnung (§ 95 Abs. 1 GemO). Die wesentlichen Bestandteile der Vermögensrechnung sind derzeit immer noch im ShV (Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge) abgebildet und wurden im Rahmen der Prüfung der Jahresrechnung geprüft.

In Vorbereitung auf das neue Haushaltsrecht wird derzeit das gesamte städtische Anlagevermögen erfasst, bewertet und in die Anlagebuchhaltung aufgenommen. Damit wird die bislang aufgestellte Geldvermögensrechnung sukzessive abgelöst. Das bisher bewertete Anlagevermögen, die sonstigen Vermögenswerte, sowie der Rücklagenbestand (Basiskapital), die Investitionszuschüsse und -beiträge und die Verbindlichkeiten wurden analog zum neuen Haushaltsrecht in einer vorläufigen Bilanz (Anlage 5) ausgewiesen.

Entsprechend der Vermögensbilanz hat sich der Vermögensbestand zum 31. Dezember 2011 gegenüber dem Vorjahr mit rd. 420 Mio. Euro auf 451 Mio. Euro vermehrt.

Im Rechenschaftsbericht des Fachbereichs Finanzen werden die Vermögensbestände und die Vermögensanlagen wie bisher in Form einer Geldvermögensrechnung einzeln dargestellt.

Allgemeine Rücklage

Entgegen der Haushaltsplanung konnte infolge des überaus positiven Rechnungsergebnisses der Rücklagenbestand um rd. 9,82 Mio. Euro auf insgesamt 32.269.432,17 Euro (Vorjahr 22.446.608,90 Euro) erhöht werden. Die Veränderung der Rücklagen 2011 und die Entwicklung des Rücklagenbestandes sind im Rechenschaftsbericht 2011 detailliert dargestellt.

Rücklagen nehmen
weiter zu

Der Stand der nicht gebundenen Rücklagen ist auf 23.226.476,01 Euro (Vorjahr 16.729.481,20 Euro) angewachsen und erfüllt die gesetzlichen Vorgaben.

Der Mindestbetrag richtet sich nach § 20 Abs. 2 GemHVO und beträgt mindestens zwei Prozent der Ausgaben des Verwaltungshaushalts nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre. Demzufolge errechnet sich eine Mindestrücklage in Höhe von 3.539.398,27 Euro.

Schulden

Der Schuldenstand des städtischen Haushalts (ohne Eigenbetriebe) zu Beginn des Jahres 2011 belief sich auf insgesamt 24.234.806,90 Euro. Im Jahr 2011 wurden neue Kredite in Höhe von 5.312.000,00 Euro aufgenommen. Nach Abzug der geleisteten Tilgungen errechnet sich zum Stichtag 31. Dezember 2011 ein Schuldenstand von 27.668.838,95 Euro (Kämmereischulden).

Neue Kredite
aufgenommen

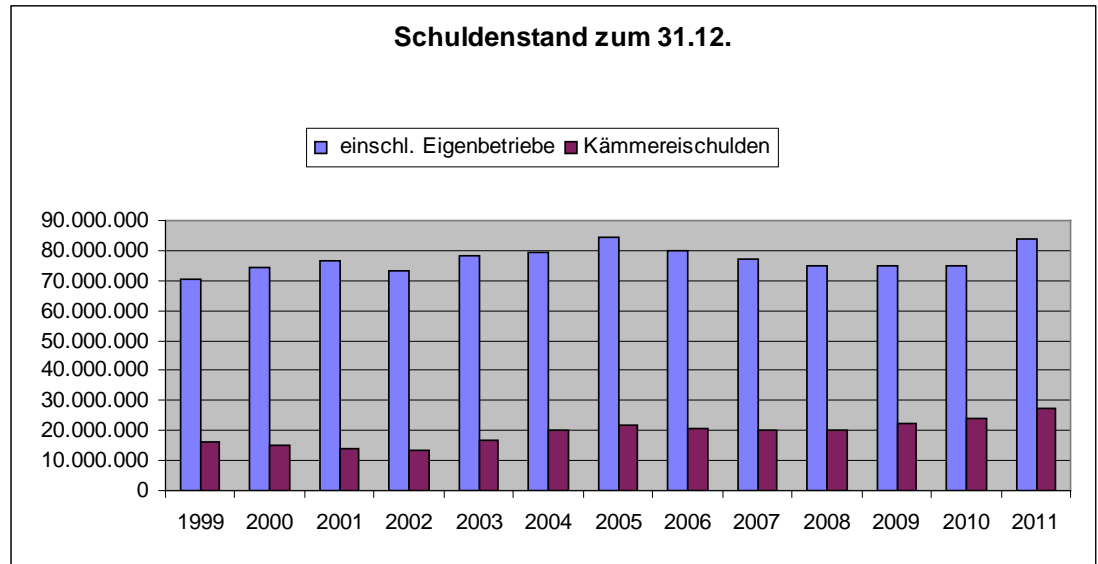
Die Pro – Kopf – Verschuldung liegt bei 314 Euro/Einwohner/in und hat sich gegenüber dem Vorjahr mit 276 Euro/Einwohner/in leicht erhöht. Im Vergleich zum Landesdurchschnitt mit 551 Euro pro Einwohner /in liegt Tübingen darunter; allerdings ist der Landesdurchschnitt ein nur eingeschränkt verwendbarer Vergleichswert, da hier die verschiedenartigsten Haushaltsstrukturen zusammengefasst werden.

Zinsbelastung

Im Berichtsjahr betrug die Zinsbelastung für den städtischen Haushalt 1.025.775,37 Euro (Vorjahr 944.805,70 Euro). In dieser Summe sind externe Kassenkredite in Höhe von 23.812,52 Euro enthalten.

Schuldenstand einschließlich der Eigenbetriebe

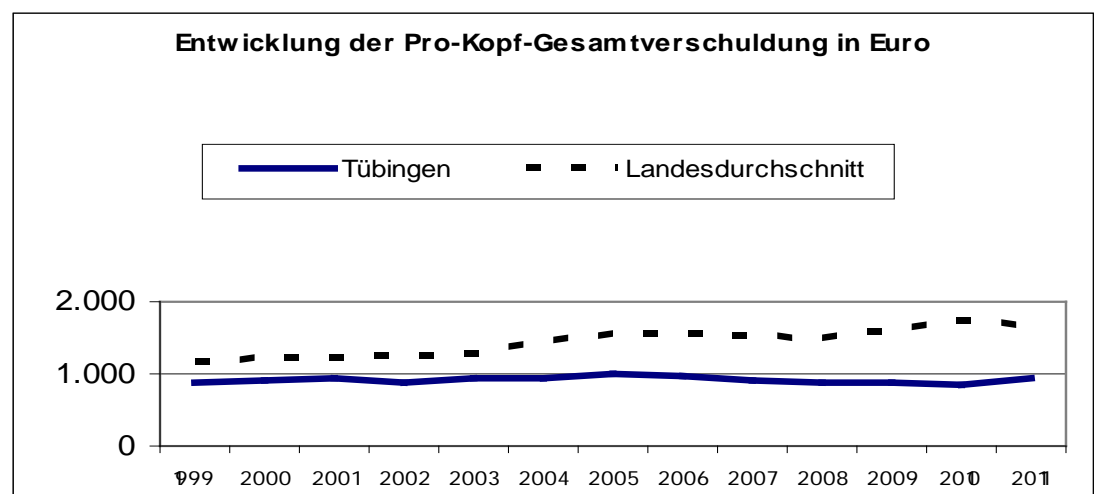
Im nachfolgenden Schaubild ist die Entwicklung der Schulden einschließlich der Eigenbetriebe dargestellt:

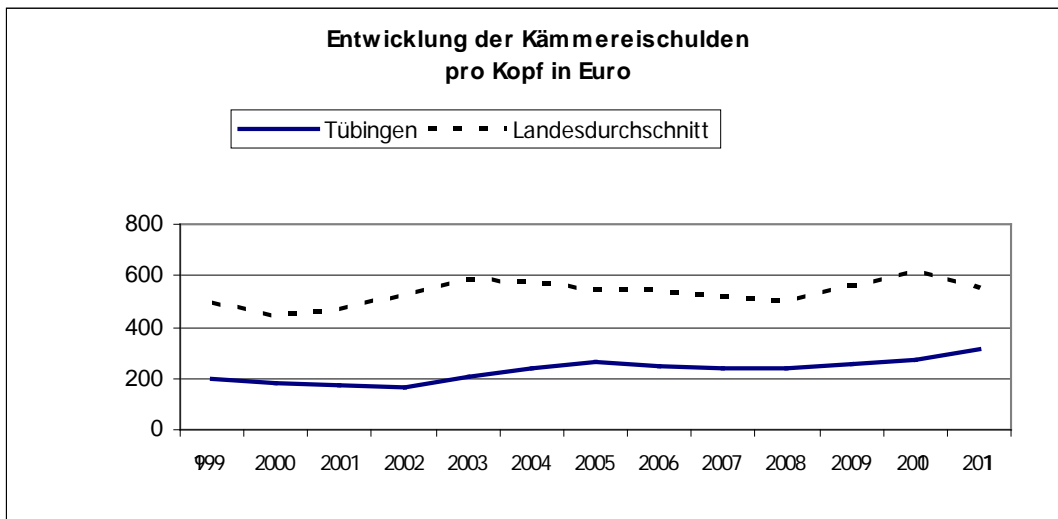


Die Gesamtsumme der Schulden hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 8,8 Mio. Euro erhöht. Bei den Eigenbetrieben haben die Schulden ebenfalls um 5,4 Mio. Euro zugenommen. Die Kämmererschulden (städt. Haushalt) sind ebenfalls um 3,4 Mio. Euro angestiegen.

Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt in Tübingen bei 947 Euro (Vorjahr 850 Euro). Im Vergleich hierzu der Landesdurchschnitt mit 1.736 Euro pro Einwohner (Vorjahr 1.665 Euro).

Im nachfolgenden Schaubild ist die Entwicklung der Pro-Kopf-Verschuldung im Vergleich zum Landesdurchschnitt dargestellt:





Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsführung

Allgemeine Haushaltsgrundsätze

Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit in der Haushaltsführung

Die Haushaltswirtschaft ist so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung der Aufgaben gesichert ist; die Haushaltswirtschaft ist sparsam und wirtschaftlich zu führen (§ 77 GemO).

Grundsatz der
Sparsamkeit und
Wirtschaftlichkeit

Rangfolge der Einnahmen

Die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Einnahmen hat die Gemeinde gemäß § 78 Abs. 2 GemO

1. aus sonstigen Einnahmen (Einkommensteueranteil, Mieten, Pachten)
2. aus Entgelten für ihre Leistungen (Gebühren, Beiträge), soweit vertretbar und geboten,
3. im Übrigen aus Steuern zu beschaffen.

Kreditaufnahmen (für Ausgaben des Vermögenshaushaltes) sind nur zulässig, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre.

Diese Reihenfolge ist verbindlich vorgeschrieben.

Entwicklung und Struktur der Einnahmen

Die Entwicklung der genannten Einnahmen kann der folgenden Tabelle entnommen werden:

	2006		2007		2008		2009		2010		2011	
	Tsd. Euro	%	Tsd. Euro	%	Tsd. Euro	%	Tsd. Euro	%	Tsd. Euro	%	Tsd. Euro	%
Sonstige Einnahmen	99.964	67,2	103.521	64,3	109.261	66	119.345	69,1	119.429	69,4	127.024	66,3
Leistungs- entgelte (Real)	7.929	5,3	8.444	5,2	9.249	5,6	8.605	5	10.153	5,9	10.496	5,5
Steuern	44.075	29,6	49.503	30,8	45.011	27,2	38.135	22,1	39.392	22,9	46.065	24,0
Kredite	-3.146	-2,1	-522	-0,3	1.920	1,2	6.700	3,9	3.000	1,7	7.965	4,2
Gesamt- einnahmen*	148.821	100	160.946	100	165.441	100	172.785	100	171.974	100	191.551	100

* nicht enthalten sind die Zuführungen vom Vermögenshaushalt; innere Verrechnungen, kalkulatorische Einnahmen und Umschuldungskredite.

Gewerbsteuer-
einnahmen steigen

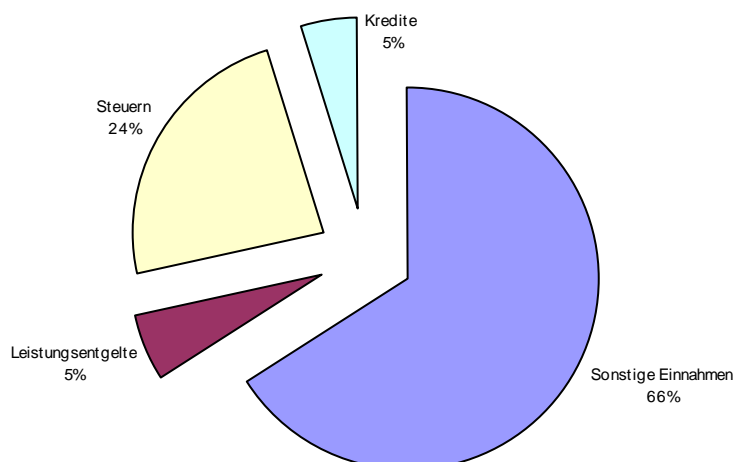
Bei den Steuereinnahmen konnten Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr in Höhe von rd. 6,67 Mio. Euro verbucht werden. Davon wurden dank des konjunkturellen Aufschwungs bei der Gewerbesteuer insgesamt rd. 6,24 Mio. Euro mehr eingenommen als im Jahr 2010. Weitere Mehreinnahmen ergaben sich bei den übrigen Steuereinnahmen (+ 0,43 Mio. Euro). Der Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamteinnahmen liegt bei 24 % (Vorjahr 22,9 %, 2009: 22,1 %).

Die Leistungsentgelte haben sich gegenüber dem Vorjahresergebnis geringfügig um rd. 0,34 Mio. Euro. Mehreinnahmen ergaben sich hierbei bei den Gebühren und ähnlichen Entgelten (+ 0,52 Mio. Euro). Wenigereinnahmen waren bei den Erschließungsbeiträgen (- 0,18 Mio. Euro) zu verzeichnen.

Bei den sonstigen Einnahmen konnte das Rechnungsergebnis 2011 gegenüber dem Vorjahr um rd. 7,6 Mio. Euro übertroffen werden. Dieses Ergebnis konnte insbesondere durch Mehreinnahmen aus Darlehensrückflüssen (+ 4,17 Mio. Euro), bei den Schlüsselzuweisungen (+ 2 Mio. Euro), beim Anteil der Einkommensteuer (+ 1,76 Mio. Euro) und bei den Zuweisungen und Zuschüssen (+ 1,7 Mio. Euro) erzielt werden. Mindereinnahmen ergaben sich bei den Einnahmen aus Veräußerungen von Beteiligungen (- 1,86 Mio. Euro).

Für die Finanzierung des Haushalts wurden im Berichtsjahr neue Kredite in Höhe von 5,3 Mio. Euro aufgenommen. Über weitere 8,3 Mio. Euro wurde zum Ende des Haushaltsjahres 2011 ein Haushaltseinnahmerest gebildet, welcher in das Jahr 2012 übertragen wurde.

Nachfolgend die Struktur der Einnahmen in der Grafik:



Haushaltssatzung und Haushaltsplan

Haushaltssatzung

Jahr	VerwaltungsHH.	VermögensHH.	Sonderrechnung	Gesamtvolumen
2011	209.246.930 Euro	28.168.930 Euro	2.500.580 Euro	239.916.440 Euro
2010	173.883.700 Euro	22.662.070 Euro	3.545.520 Euro	200.091.290 Euro
Mehr (+)	3.523.323 Euro	5.506.860 Euro		39.825.150 Euro
Weniger (-)			1.044.940 Euro	

In der Haushaltssatzung wurden festgesetzt:

- Höchstbetrag der Kassenkredite 15.000.000 Euro
- Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen 0 Euro
- Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen 3.542.500 Euro

Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde

Haushaltssatzung

Das Regierungspräsidium (RP) hat im Haushaltserlass vom 27. April 2011 die Gesetzmäßigkeit der am 28. Februar 2011 vom Gemeinderat beschlossenen Haushaltssatzung, sowie der beschlossene Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Kommunale Servicebetriebe Tübingen (KST) bestätigt.

Genehmigung des
Haushalts

Genehmigt wurden:

- Der in § 1 Nr.2 der Haushaltssatzung festgesetzten Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen in Höhe von 7.965.220 Euro.
- Der in Nr. 3 der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 5.432.000 Euro
- Der in Nr. 2 des Beschlusses über den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Kommunale Servicebetriebe Tübingen (KST) festgesetzte Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen in Höhe von 9.481.360 Euro und der in Nr. 4 festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 3.900.000 Euro.

In Bezug auf die Genehmigung des Haushaltsplans und zur Finanzplanung bis 2014 wurde vom Regierungspräsidium darauf hingewiesen, dass trotz der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen und trotz der erwarteten Einnahmeverbesserungen aufgrund der konjunkturellen Entwicklung die Netto-Investitionsraten bis zum Jahr 2014 nur eine Höhe von 0,5 bis 1,5 Mio. Euro erreichen. Dies bedeutet, dass die Leistungsfähigkeit des Verwaltungshaushalts noch nicht ausreichend ist und die geplanten Investitionen nur mit erheblichen Kreditaufnahmen zu finanzieren sind. Vom Regierungspräsidium wurde daher empfohlen, den eingeschlagenen Konsolidierungskurs weiter konsequent zu verfolgen, damit die Ertragskraft des Verwaltungshaushalts nachhaltig gestärkt und der Kreditbedarf in den kommenden Jahren reduziert wird.

Jahresrechnung und -ergebnis 2011

Verwaltungshaushalt

	2010	2011
Haushaltsplanansatz in Einnahmen und Ausgaben	173.883.700,00 Euro	179.396.140,00 Euro
Rechnungsergebnis in Einnahmen	188.031.238,56 Euro	196.813.546,83 Euro
in Ausgaben	188.031.238,56 Euro	196.813.546,83 Euro
Die Mehr/Mindereinnahmen von und die Mehr/Minderausgaben von	+14.147.538,56 Euro +14.147.538,56 Euro	+ 17.417.406,83 Euro + 17.417.406,83 Euro
wurden auf der Einnahmeseite durch Mehreinnahmen von bzw. Mindereinnahmen von verursacht bzw.		18.978.129,00 Euro 1.560.722,00 Euro
auf der Ausgabeseite durch Mehrausgaben von und Minderausgaben von		29.171.358,00 Euro 11.753.952,00 Euro

Vermögenshaushalt

Haushaltsplanansatz in Einnahmen und Ausgaben	22.662.070,00 Euro	21.527.220,00 Euro
Rechnungsergebnis in Einnahmen	16.896.015,92 Euro	35.272.185,78 Euro
in Ausgaben	16.896.015,92 Euro	35.272.185,78 Euro
Die Mehr/Mindereinnahmen von und die Mehr/Minderausgaben von	- 5.766.054,08 Euro - 5.766.054,08 Euro	+13.744.965,78 Euro +13.744.965,78 Euro
kam auf der Einnahmeseite durch Mehreinnahmen von und Mindereinnahmen von		16.116.211,00 Euro 2.371.246,00 Euro
und auf der Ausgabeseite durch Mehrausgaben von und Minderausgaben von zustande.		15.240.835,00 Euro 1.495.870,00 Euro

Ausführung des Haushaltsplanes

Deckungskreise bzw. Ämterbudgets

Seit Beginn des Haushaltsjahres 1997 wurde flächendeckend bei der Stadt Tübingen die Budgetierung eingeführt. Dementsprechend steht den Ämtern zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung jeweils ein Budget im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zur Verfügung.

Die Rechnungsergebnisse weichen teilweise erheblich von den Planansätzen ab. Durch die gegenseitige Deckungsfähigkeit der wichtigsten Ausgabegruppen und die Übertragbarkeit der Mittel im Verwaltungshaushalt (VWH) haben die einzelnen Über- und Unterschreitungen innerhalb des Deckungskreises jedoch keine haushaltsrechtliche Bedeutung mehr.

Eingesparte Budgetmittel

Die Ämter und Dienststellen haben im Jahr 2011 Budgetmittel und Sammelnachweismittel in Höhe von insgesamt 5.437.861,59 Euro eingespart. Von dieser Summe wurden Budgetreste in Höhe von 3.123.741,34 Euro in das Haushaltsjahr 2012 übertragen. Hiervon entfallen auf den Sammelnachweis 2 (Gebäudeunterhaltung) 309.692,82 Euro.

Eingesparte
Budgetmittel

Über- und außerplanmäßige Ausgaben.

Die Ausgabeansätze im Haushaltsplan sind grundsätzlich verbindlich und dürfen nicht überschritten werden. Soweit die Mittel nicht nach den Budgetierungsregeln umgeschichtet werden können bzw. die Ausgabepositionen keinem Deckungskreis angehören, müssen überplanmäßige oder außerplanmäßige Ausgaben nach der Gemeindeordnung und der Zuständigkeitsordnung nach wie vor genehmigt werden.

Überplanmäßige oder außerplanmäßige Ausgaben sind gem. § 84 Abs. 1 nur zulässig, wenn:

- ein dringendes Bedürfnis besteht und die Deckung gewährleistet ist, oder
- die Ausgabe unabweisbar ist und kein erheblicher Fehlbetrag entsteht.

Zuständig sind nach Hauptsatzung und Zuständigkeitsordnung bis 2.500 Euro die Stadtkämmerei, bis 10.000 Euro der Oberbürgermeister (unbegrenzt nur im Rahmen der Deckungsreserve), bis 50.000 Euro die beschließenden Ausschüsse und darüber der Gemeinderat. Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass die Zuständigkeitsregelungen eingehalten wurden.

Alles formal in
Ordnung

Bei einigen Fällen sowohl im Verwaltungshaushalt, als auch im Vermögenshaushalt wurden Mittel über- bzw. außerplanmäßig umgeschichtet, deren Genehmigung noch im Rahmen der Feststellung des Jahresabschlusses 2011 durch den Gemeinderat nachzuholen ist; sachlich waren die Ausgaben nicht zu beanstanden.

Im Verwaltungshaushalt wurden in 56 Fällen (Vorjahr 43) Mittel in Höhe von insgesamt 15.785.537,53 Euro (Vorjahr 7.141.663,83 Euro) über- und außerplanmäßig umgeschichtet. Im Vermögenshaushalt beläuft sich die Anzahl der Fälle auf 68 (Vorjahr 41) bei einer Summe von 15.358.162,03 Euro (Vorjahr 5.518.907,57 Euro).

Haushaltseinnahme- und Ausgabereste

Haushaltseinnahmereste

Sichere Einnahmen

Haushaltseinnahmereste (HER) sind ein Instrument der Rechnungsabgrenzung. Mit ihnen können Einnahmen in dem Jahr dargestellt und gebucht werden, in dem sie anfallen. Voraussetzung nach § 41 Abs. 2 GemHVO ist, dass der Eingang der Einnahmen im folgenden Jahr gesichert ist. Sie dürfen nur für ausstehende Beiträge, Zuschüsse und Krediteinnahmen gebildet werden.

Ende 2011 wurden im Vermögenshaushalt 10.616.713,05 Euro (Vorjahr 6.612.915 Euro) HER für nicht eingegangene Einnahmen gebildet. Sie teilen sich wie folgt auf:

Unterabschnitt

1300	Zuweisungen des Landes	201.003,05 Euro
2211	Zuweisungen des Landes	20.400,00 Euro
2320	Zuweisung des Landes	60.200,00 Euro
2810	Zuweisungen des Landes	277.100,00 Euro
4642	Zuweisungen des Bundes	600.000,00 Euro
6300	Kostenbeteiligung WIT	119.000,00 Euro
6300	Kostenbeteiligung WIT	145.000,00 Euro
6300	Erschließungsbeiträge	521.320,00 Euro
6300	Ausgleichsbeträge	2.470,00 Euro
6800	Zuschuss vom Land Stadtinformationssystem	205.000,00 Euro
6800	Anteil SW Stadtinformationssystem	100.000,00 Euro
9100	Kreditaufnahmen	8.365.220,00 Euro
Gesamtsumme:		10.616.713,05 Euro

Haushaltsausgabereste

Anstehende Ausgaben

Haushaltsausgabereste (HAR) sind nicht benötigte Mittel des laufenden Jahres, die nicht aus der Stadtkasse abfließen, aber in der Jahresrechnung als Ausgaben gebucht werden und das Ergebnis des laufenden Jahres belasten. Ursprünglich dienen sie als Instrument der Rechnungsabgrenzung und periodengerechten Ausgabenzuordnung. Soweit die Übertragung im Verwaltungshaushalt geschieht, ohne dass der Grund für die Ausgaben im laufenden Jahr liegt, handelt es sich nicht um Rechnungsabgrenzungen. Insoweit verfälscht die Übertragung das Rechnungsergebnis.

Die Summen der HAR können der folgenden Tabelle entnommen werden:

	2008	2009	2010	2011
	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro
Verwaltungs-HH.	2.763.672,84	2.094.785,99	2.419.734,77	3.137.406,21
Vermögens-HH.	15.416.006,67	17.792.727,23	11.211.690,31	16.089.415,97
Sonderrechnung	1.178.235,26	1.184.683,35	2.729.713,60	3.200.012,33
Summe	19.357.914,77	21.0721.196,57	16.361.138,68	22.426.834,51

Verwaltungshaushalt

Entsprechend den Regelungen im Haushaltsplan 2011 können die Restmittel aus den Amtsbudgets innerhalb des Verwaltungshaushalts bis zum Gesamtbetrag von 1.000.000 Euro für übertragbar erklärt werden, sofern der Haushaltsausgleich nicht gefährdet ist. Darüber hinaus können die am Jahresende gebundenen Mittel des Verwaltungshaushalts ebenfalls übertragen werden.

Dem Gemeinderat wurde mit Vorlage 51/2012 die zur Übertragung nach 2012 vorgesehenen Haushaltsausgabereste des Sammelnachweises SN 2 (309.692,82 Euro) und die Budgetreste des Verwaltungshaushalts (2.814.048,52 Euro) zur Kenntnis gegeben.

Budgetreste
wurden übertragen

Vermögenshaushalt

Mit Vorlage 51a/2012 wurde die Übertragung der nicht gebundenen Haushaltsreste des Vermögenshaushalts 2011 in Höhe von 9.145.855,59 Euro ins neue Haushaltsjahr 2012 vom Gemeinderat beschlossen. Zusammen mit den gebundenen Haushaltsausgaberesten, deren Übertragung in die Zuständigkeit der Verwaltung fallen, wurde insgesamt eine Summe in Höhe von 16.089.415,97 Euro ins Haushaltsjahr 2012 übertragen.

Sonderrechnung

Im Sonderhaushalt „Sanierungsgebiet Östlicher Altstadtrand“ und „Sanierungsgebiet Lustnau – Süd“ wurden die zum Ende des Haushaltsjahres 2011 nicht verbrauchten Mittel in Höhe von 3.200.012,83 Euro, sowie Haushaltseinnahmereste in Höhe von 1.553.399,00 Euro übertragen.

Kostenrechnende Einrichtungen (KRE)

Gem. § 12 Abs. 1 GemHVO sind für kostenrechnende Einrichtungen, die in der Regel ganz oder zum Teil aus Entgelten finanziert werden, im Verwaltungshaushalt mit angemessener Abschreibung und Verzinsung des Anlagekapitals zu veranschlagen.

Die Ergebnisse der Haushaltsrechnung 2011 und die Entwicklung der Kostendeckung im Zeitraum 2003 bis 2011 bei den kostenrechnenden Einrichtungen sind in der **Anlage 3** dargestellt.

Dabei wurden die nachfolgenden kostenrechnenden Einrichtungen nicht mehr in die Tabelle aufgenommen, da entweder keine betriebswirtschaftliche Aussagekraft abgeleitet werden kann oder sie zwischenzeitlich aus dem Haushalt ausgegliedert wurden:

Kunsthalle, Parkeinrichtungen, Parkhäuser, Bedürfnisanstalten, Abwasserbeseitigung und Abfallbeseitigung.

Neu aufgenommen wurden:

Mensa Uhlandstraße, Vermietung Sporthallen und Stadtwald.

Sonderrechnung

Im Sachbuch 7 werden der Entwicklungsbereich Reutlinger Straße / Eisenbahnstraße (UA 6156), das Sanierungsgebiet „Östlicher Altstadtrand“ (UA 6157) und das Sanierungsgebiet „Lustnau Süd“ (UA 6158) abgebildet.

Die Sonderrechnung für den Entwicklungsbereich „Reutlinger Straße /Eisenbahnstraße“ weist für das Jahr 2011 einen Überschuss in Höhe von 50.217,05 Euro aus, welcher an den Vermögenshaushalt zur Rückzahlung der Vorfinanzierung abgeführt wurde.

Für das Sanierungsgebiet „Östlicher Altstadtrand“ wurden im Jahr 2011 im Rahmen der Vorfinanzierung insgesamt 650.000 Euro (Vorjahr 1.398.520 Euro, 2009: 1.249.000 Euro; 2008: 365.000 Euro) bereitgestellt. Im Haushaltsplan waren hierfür auf der HHSt. 2.6150.9550.000-1020 Mittel eingestellt. Im Rechnungsergebnis schließt die Jahresrechnung mit einem Überschuss in Höhe von 6.832,17 Euro ab, welcher an den Vermögenshaushalt zur Rückzahlung der Vorfinanzierung abgeführt wurde.

Seit dem Jahr 2009 wird das Sanierungsgebiet „Lustnau Süd“ in der Sonderrechnung geführt. Für die Vorfinanzierung wurden in den Jahren 2009 und 2010 über den Vermögenshaushalt bei der HHSt. 2.6150.9550.000-1040 Mittel in Höhe von 667.000 Euro bereitgestellt und der Sonderrechnung zugeführt. Die Jahresrechnung 2011 schließt mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Eine weitere Vorfinanzierung aus dem Vermögenshaushalt war nicht erforderlich.

Kasse und Rechnungslegung

Kassenbestand und Liquidität

Der Kassenbestand einschließlich der Eigenbetriebe betrug zum Jahresabschluss

-4.519.304,90 Euro.

(Vorjahr: - 2.186.327,00 Euro, 2009: -2.226.213,07 Euro). Dieser Kassenbestand wurde buchmäßig zum 31.12.2011 errechnet und sagt nichts über die Liquidität der Stadtkasse aus. Die Liquidität der Stadtkasse war stets gegeben. Zeitweise konnten Beträge vorübergehend zinsbringend angelegt werden; dafür konnten Zinsen in Höhe von rd. 808.000 Euro (Vorjahr 625.000 Euro) bei der HHSt. 1.9100.2051.001 eingenommen werden (Planansatz: 679.480 Euro).

Kassenkredite

Keine Kassenkredite
notwendig

In der Haushaltssatzung für das Jahr 2011 wurde der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 15 Mio. Euro festgesetzt. Im Jahr 2011 wurden keine Kassenkredite aufgenommen.

Kasseneinnahmereste (KER)

Kasseneinnahmereste (KER) sind in der Sollspalte gebuchte, aber am Jahresende noch nicht eingegangene Einnahmen; oder mit anderen Worten Zahlungsrückstände. Diese Rückstände sind nach Einnahmearten und Sachbüchern geordnet in der **Anlage 4** dargestellt.

Einnahmen
kommen noch

Die Gesamtsituation der KER ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

Kasseneinnahmereste	2008 in Euro	2009 in Euro	2010 in Euro	2011 in Euro
Verwaltungshaushalt	14.298.938,74	6.364.350,09	4.703.714,01	5.193.722,23
Vermögenshaushalt	1.067.527,74	5.260.884,07	3.935.008,60	1.672.483,40
Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge	1.973.664,06	2.179.290,79	2.298.586,91	2.006.389,35
Gesamt	17.340.130,54	13.804.524,84	10.937.309,52	8.872.594,98

Verwaltungshaushalt

Bei den Kasseneinnahmeresten des Verwaltungshaushaltes ist die relative Höhe gemessen an den Gesamteinnahmen eines Haushaltsjahres und ihrer Entwicklung über mehrere Jahre hinweg zu prüfen. Daneben sind Einzelentwicklungen zu beobachten. Die KER werden vom Rechnungsprüfungsamt laufend überwacht. Die prozentuale Höhe der KER an den Gesamteinnahmen des Verwaltungshaushaltes hat sich in den vergangenen zehn Jahren wie folgt entwickelt:

Jahr	KER	%
2001	17.051.342,71 Euro	12,20
2002	14.562.388,62 Euro	10,39
2003	8.188.754,63 Euro	6,02
2004	5.697.629,09 Euro	4,06
2005	5.570.936,33 Euro	3,45
2006	4.820.722,23 Euro	3,06
2007	9.212.337,12 Euro	5,36
2008	14.298.938,74 Euro	8,25
2009	6.364.349,98 Euro	3,76
2010	4.703.714,01 Euro	2,50
2011	5.193.722,23 Euro	2,64

Die KER im Verwaltungshaushalt haben gegenüber dem Vorjahresergebnis um rd. 0,5 Mio. Euro zugenommen und liegen im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen bei 2,64 %.

Unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Bund und Land, den Eigenbetrieben und der Konzessionsabgabe von den Stadtwerken ergeben sich effektive KER, welche im Mahn- und Vollstreckungsverfahren der Stadtkasse verfolgt werden, in Höhe von rd. 3,6 Mio. Euro (Vorjahr 3 Mio. Euro). Gemessen am Haushaltsvolumen liegen die effektiven KER bei 1,84 % (Vorjahr 1,62%) und damit nur knapp unter der Unbedenklichkeitsgrenze mit 2 %.

Vermögenshaushalt

Die Haushaltsrechnung 2011 weist im Vermögenshaushalt KER in Höhe von rd. 1,67 Mio. Euro aus. Im Vergleich zum Vorjahr (3,93 Mio. Euro) haben sich die ausstehenden Forderungen somit um 2,26 Mio. Euro vermindert. Gemessen am Haushaltsvolumen belaufen sich die KER auf 4,74 % (Vorjahr 23,3 %).

Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge (ShV)

Die Kasseneinnahmereste im ShV belaufen sich zum 31.12.2011 auf insgesamt 2.006.389,35 Euro (Vorjahr 2.298.586,91 Euro). Dieser Betrag beinhaltet nur den städtischen Haushalt (ohne Eigenbetriebe).

Kassenausgabereste (KAR)

Ausgaben
die noch fließen

In der Haushaltsrechnung 2011 sind zum Ende des Jahres im Verwaltungshaushalt KAR in Höhe von 3.684.836,05 Euro (Vorjahr 2.246.798,21 Euro) ausgewiesen. Im Vermögenshaushalt belaufen sich die KAR auf 113.363,29 Euro (Vorjahr 21.896,66 Euro). Bei den KAR handelt es sich um Auszahlungsanordnungen des Jahres 2011, die kassenmäßig zum Ende des Haushaltsjahres 2011 noch nicht vollzogen waren.

Die wesentlichen KAR des Verwaltungshaushalts sind nachfolgend dargestellt:

Haushaltsstelle	Bezeichnung Haushaltsstelle	Kassenrest Vorjahr	neuer Kassenrest
1.5800.6753.000	Ersätze an den Eigenbetrieb SBT	88.091,41 Euro	115.273,86 Euro
1.6300.6753.000	Ersätze an den Eigenbetrieb SBT	671.700,90 Euro	1.036.100,73 Euro
1.6750.6753.000	Ersätze an den Eigenbetrieb SBT	836.589,29 Euro	1.088.130,17 Euro
1.6800.6573.000	Ersätze an den Eigenbetrieb SBT	111.914,17 Euro	180.798,75 Euro
1.6900.6753.000	Ersätze an den Eigenbetrieb SBT	210.557,27 Euro	284.351,38 Euro
1.9100.8080.000	Zinsen für Kredite vom Kreditmarkt	0,00 Euro	198.376,88 Euro
	Summe	1.918.853,04 Euro	2.903.031,77 Euro

Laufende Prüfung der Kassenvorgänge (§ 112 Abs. 1 Nr. 1 GemO)

Die laufende Prüfung der Kassenvorgänge ist in der Form der „begleitenden Prüfung“ (Prüfung zusammenhängender Abschnitte nach dem Kassenvollzug) als Vorbereitung auf die Prüfung der Jahresrechnung durchgeführt worden.

Kassenüberwachung

Stadtkasse

Die Kasse stimmt

Nach § 1 Abs. 1 der Gemeindeprüfungsordnung ist bei der Stadtkasse jährlich mindestens eine unvermutete Kassenprüfung vorzunehmen. Das Rechnungsprüfungsamt hat am 27. April 2011 bei der Stadtkasse eine unvermutete Kassenprüfung durchgeführt. Geprüft wurde insbesondere ob der im Tagesabschluss ausgewiesene Kassensollbestand mit dem Kassennistbestand übereinstimmt und ob sich die Schwebeposten zeitnah erledigt haben. Wesentliche Beanstandungen ergaben sich keine.

Zahlstellen, Handvorschüsse

Alle Zahlstellen und Handvorschüsse sind in unterschiedlichen Zeitabständen geprüft worden. Alle zwei Jahre sind die rd. 20 Zahlstellen zu prüfen. Dazu gehören vor allem die Verwaltungsstellen und die Gebührenkassen innerhalb der Verwaltung. Geprüft wurden im Berichtsjahr insgesamt vier Zahlstellen. Handvorschüsse von mehr als 500 Euro sind in angemessenen Zeitabständen unvermutet zu prüfen. Die meisten der insgesamt rd. 100 bestehenden Handvorschüsse liegen allerdings zwischen 100 und 250 Euro. Entsprechend der Dienstanweisung für die Handvorschüsse unterliegt die Prüfung in der Zuständigkeit der jeweiligen Fachbereichs- bzw. Amtsleitung.

Vorräte und Vermögensbestände, Bestandsverzeichnisse

Gemäß § 3 Abs. 1 GemPrO ist zu prüfen, ob die Bestandsverzeichnisse ordnungsgemäß geführt sind. In angemessenen Zeitabständen ist zu überprüfen, ob die verzeichneten beweglichen Sachen vorhanden sind. Inventarisierungspflichtig gem. der Inventarordnung sind bewegliche Sachen mit einem Anschaffungswert von mehr als 410 Euro (Bücher 60 Euro) ohne MWSt.

Im Jahr 2010 wurde mit Verfügung des Oberbürgermeisters erstmalig für die Schulen, Kindertageseinrichtungen und Jugendhäuser eine Listenerfassung für Gegenstände ab 150 Euro angeordnet.

Die im Verwahrgehalt der Stadtkasse aufbewahrten Wertgegenstände wurden am 27. April 2011 geprüft. Beanstandungen ergaben sich hierbei keine.

Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts

Der Landtag von Baden-Württemberg hat am 22.04.2009 das Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts beschlossen. Mit der Reform des Gemeindehaushaltsrechts wird das kommunale Haushalts- und Rechnungswesen von der bislang zahlungsorientierten Darstellung in der Rechnungsform der Verwaltungsbuchführung (Kameralistik) auf eine ressourcenorientierte Darstellung in Form der doppelten Buchführung (kommunale Doppik) umgestellt. Für die Umstellung auf das neue Haushaltsrecht enthält das Gesetz eine lange Übergangsfrist von sieben Jahren ab Beginn des Haushaltsjahrs 2009. Dies bedeutet, dass die Stadt bis spätestens zum Haushaltsjahr 2016 ihren Haushalt auf das neue Recht umstellen muss.

Entsprechend dem Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung soll den Kommunen künftig ein Wahlrecht zwischen Kameralistik und Doppik eingeräumt werden. Ob diese Option allerdings kommen wird bleibt abzuwarten. In Anbetracht dieser Situation wurde in einer Verfügung des Bürgermeisteramts vom 11. Juli 2011 angeordnet, dass die Arbeiten zur Umstellung auf das neue Rechnungswesen bis zur endgültigen Festsetzung der Gesetze und Verordnungen zur Umsetzung des Koalitionsvertrages ausgesetzt werden. Hiervon ausgenommen wurde die Anlagenbuchhaltung und die Vermögensbewertung und alle damit zusammenhängende Aufgaben. Nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens soll über die Fortsetzung neu entschieden werden. Da bis dato keine Gesetzesänderung vorliegt, bleibt es bei der bisherigen Rechtslage und damit zur Umstellungspflicht auf das neue Haushaltsrecht bis spätestens zum 1. Januar 2016.

Erfassung und Bewertung des städtischen Vermögens

Im Hinblick auf die Reform des Gemeindehaushaltsrechts und der damit verbundenen Umstellung des städtischen Rechnungswesens auf doppelte Buchführung wurde bereits Ende des Jahres 2005 die Projektgruppe „Vermögensbewertung“ unter Mitwirkung des Rechnungsprüfungsamtes gebildet. Aufgabe der Projektgruppe ist es, das bewegliche und unbewegliche Vermögen der Universitätsstadt Tübingen im Hinblick auf die Eröffnungsbilanz zu erfassen und zu bewerten.

Alles wird
erfasst und
bewertet

Bedingt durch die personellen Veränderungen beim Fachbereich Finanzen und dem Ausscheiden des Projektleiters im Jahr 2008 hat das Rechnungsprüfungsamt zusammen mit der Stadtkämmerei die fachliche Leitung des Projekts übernommen. Damit wurde sichergestellt, dass die bislang erfolgreiche Projektarbeit fortgesetzt werden kann. Ferner ist aus der Sicht der Prüfung gewährleistet, dass die Bewertung der Vermögensgegenstände entsprechend den landeseinheitlichen Bewertungsrichtlinien erfolgt und somit eine vorweggenommene Prüfung der Eröffnungsbilanz darstellt.

Grundstücksbewertung abgeschlossen

Im Jahr 2011 wurden alle Grundstücke in der Kernstadt bewertet und somit die Bewertung der Flurstücke abgeschlossen. Außerdem wurden die Sportanlagen der Stadt und Stadtteile ebenfalls bewertet. Ein weiterer Schwerpunkt war ebenfalls die Erfassung und Bewertung der Baumaßnahmen im Rahmen des Konjunkturprogramms.

Der Bestand in der Anlagenbuchhaltung hat gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen und weist zum 31. Dezember 2011 eine Summe von rd. 274 Mio. Euro (Vorjahr rd. 208 Mio. Euro) aus.

Die Entwicklung der jeweiligen Vermögensgegenstände ist nachfolgend dargestellt:

Anlagevermögen	Anschaffungswert	Buchwert 2009	Buchwert 2010	Buchwert 2011
Unbebaute Grundstücke	127.594.803,50 Euro	34.998.635,16 Euro	72.022.574,47 Euro	127.587.403,09 Euro
Gebäude und andere Bauten	274.591.625,09 Euro	67.274.111,00 Euro	114.291.878,69 Euro	119.861.870,59 Euro
Straßen, Wege, Plätze	1.896.035,92 Euro	231.547,00 Euro	301.583,00 Euro	1.388.746,00 Euro
Grünflächen	11.124.973,37 Euro	4.014.659,69 Euro	8.170.757,56 Euro	11.124.973,37 Euro
Techn. Anlagen	3.587.883,89 Euro	1.471.158,00 Euro	2.682.957,85 Euro	2.619.479,85 Euro
Maschinen und Geräte	626.350,94 Euro	232.523,00 Euro	231.677,00 Euro	229.424,00 Euro
Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.966.109,85 Euro	4.679.719,72 Euro	4.636.218,14 Euro	5.248.966,00 Euro
Fahrzeuge	6.336.702,99 Euro	1.190.709,00 Euro	1.888.004,00 Euro	1.828.005,00 Euro
Kunstwerke, Bilder, Baudenkmäler	3.752.579,19 Euro	3.406.581,36 Euro	3.511.004,40 Euro	3.583.338,32 Euro
Anderes sonstiges Sachanlagevermögen	400.387,52 Euro	32.474,00 Euro	47.592,00 Euro	59.949,00 Euro
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.087.960,99 Euro	282.066,00 Euro	299.251,32 Euro	294.488,32 Euro
Summen	442.965.413,25 Euro	117.814.183,93 Euro	208.083.498,43 Euro	273.826.643,54 Euro
Zuschüsse und Schenkungen	59.547.824,94 Euro	34.666.978,31 Euro	39.814.943,97 Euro	40.645.291,51 Euro
	383.417.588,31 Euro	83.147.205,62 Euro	168.268.554,46 Euro	233.181.352,03 Euro

Buchführung

Die Buchführung stimmt

Das Belegwesen ist in Ordnung. Die Buchungen sind ordnungsgemäß belegt. Soweit Belege unvollständig waren, hat das Rechnungsprüfungsamt die Ergänzung veranlasst. In einigen Fällen war zu beanstanden, dass begründende Unterlagen gefehlt haben. Begründende Unterlagen sind vor allem Rechnungen, aber auch Unterlagen, aus denen sich die Begründung für die Einnahme, Ausgabe oder Umbuchung innerhalb des Haushalts ergibt. Die Unterlagen wurden nachgefordert und vorgelegt.

Prüfungspunkte der Vorjahre

Von den Vorjahren stehen noch zur Erledigung an:

Noch offen

Festsetzung der Steuerungsumlage bei der Gebührenkalkulation

Die Angelegenheit ist noch nicht abgeschlossen. Die vom Rechnungsprüfungsamt angeregte Neuberechnung der Steuerungsumlage im Hinblick auf die künftigen Gebührenkalkulationen wurde bislang nicht umgesetzt.

Zuschuss an das Kulturnetz Tübingen e.V.

Die Forderung des Rechnungsprüfungsamtes, die dem Verein unentgeltlich zur Verfügung gestellten Mittel (städtische Büroräume und Bürogeräte) im Haushaltsplan auszuweisen, hat sich zwischenzeitlich erledigt, da dem Verein keine städtischen Räume und Einrichtungsgegenstände mehr überlassen werden.

Pauschalierte Erschwerniszulagen

Seit drei Jahren mahnt das Rechnungsprüfungsamt die Überprüfung der Pauschalen bei den einstmals als Arbeiter beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Zwischenzeitlich wurden zwar Aufschriebe zu Vergleichszwecken vorgenommen, jedoch eine Überarbeitung der Pauschalen ist bisher nicht erfolgt. In der Sache hat das Rechnungsprüfungsamt nochmals auf Erledigung gedrängt.

Arbeitszeitregelungen für Bauaufseher

Ebenfalls aus dem Jahr 2008 ist der Auftrag an die Stadtbaubetriebe / jetzt Kommunale Servicebetriebe Tübingen die Arbeitszeitregelungen für die Bauaufseher zu überarbeiten. Bisher sind dem Rechnungsprüfungsamt weder neue Dienstpläne noch Veränderungen an der bisherigen Arbeitszeitregelung mitgeteilt worden. Das Rechnungsprüfungsamt hat in der Angelegenheit daher nachgefragt, aber bisher keine Antwort erhalten.

Prüfung der Geschäftsausgaben bei den Tübinger Schulen

Die Angelegenheit konnte im Jahr 2011 in Zusammenarbeit mit der zuständigen Fachabteilung und den Schulleitungen der Tübinger Realschulen und Gymnasien zum Abschluss gebracht werden. Im Ergebnis wurde die bislang bestehende Hilfsliste zur Zuordnung der Ausgaben der Schulen überarbeitet und die Regelung für die Repräsentationen neu formuliert.

Schwerpunktprüfungen 2011

Verwaltung – allgemein –

Gemeinschaftsantennenanlage WHO

Die Sammelantennenanlage wird seit dem Jahr 2005 sukzessive auf den neuesten Standart umgerüstet. Der ursprünglich geschätzte Kostenaufwand wurde mit rd. 150.000 Euro beziffert. In den Jahren 2006 bis 2008 waren diesbezüglich Mittel im Haushaltsplan eingestellt. Die nicht verbrauchten Haushaltsansätze wurden als Haushaltsreste bis einschließlich 2011 übertragen.

Im Laufe des Jahres 2011 wurde von der mit der Umrüstung beauftragten Firma Rechnungen in Höhe von rd. 54.800 Euro eingereicht, welche sich auf Aufträge der Jahre 2008 bis 2011 beziehen. Die Bezahlung der Rechnungen erfolgte infolge fehlender Haushaltsmittel allerdings erst im Jahr 2012, da dort im Haushaltsplan die entsprechenden Mittel bereit gestellt wurden.

Das Rechnungsprüfungsamt hat den Sachverhalt haushaltsrechtlich beanstandet und gleichzeitig beim zuständigen Fachbereich die Gebührenkalkulation für die Nutzer der Antennenanlage angefordert. Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass bislang nicht alle Herstellungskosten des Zeitraums von 2006 bis 2012 in die Gebührenkalkulation eingeflossen sind. Die Gesamtsumme der bislang getätigten Investitionen beläuft sich auf rd. 122.000 Euro (netto). In Zusammenarbeit mit der zuständigen Fachabteilung wurde die Gebührenkalkulation mit Wirkung zum Jahr 2012 aktualisiert. Damit ist eine Refinanzierung der Investitionsmaßnahme in den kommenden Jahren sichergestellt.

Neue
Gebührensätze

Kostendeckung Omnibushof UA 7922

Der UA 7922 – Omnibusbahnhof wird im Haushalt als Kostenrechnende Einrichtung geführt. Im Rahmen der örtlichen Prüfung ist aufgefallen, dass in den Jahren 2010 und 2011 der Kostendeckungsgrad im Vergleich zu den Vorjahren infolge fehlender Einnahmen deutlich gesunken ist. Das Rechnungsprüfungsamt hat die Einnahmen und Ausgaben im Zeitraum 2002 bis 2011 in Bezug auf die Kostendeckung analysiert. Hierbei war festzustellen, dass die Kostendeckung von ursprünglich 208 % im Jahr 2002 auf nunmehr 24% bzw. 26 % in den Jahren 2010 und 2011 sehr stark abgenommen hat und dass beim Omnibushof nur bis zum Jahr 2009 ein positives Rechnungsergebnis erzielt werden konnte. Ursächlich hierfür waren fehlende Benutzungsentgelte der Stadtverkehrsgesellschaft (SVT) in Höhe von jährlich rd. 38.000 Euro infolge von Verrechnungen mit Aufwendungen, welche die SVT für die Stadt infolge fehlender Haushaltsmittel in den Jahren 2010 und 2011 vorgenommen hat. Diese Verfahrensweise ist haushaltsrechtlich zu beanstanden, da im Rahmen des Bruttoprinzips eine Verrechnung von Aufwendungen mit den Benutzungsentgelten nicht zulässig ist. Weiterhin wurde festgestellt, dass die Berechnung der Benutzungsentgelte bislang auf der Grundlage eines Gemeinderatsbeschlusses aus dem Jahr 1977 erfolgt.

Benutzungsentgelte
müssen erhöht
werden

Das Ergebnis der Prüfung wurde der Verwaltung zur Kenntnis gegeben mit der Bitte, künftig die haushaltsrechtlichen Bestimmungen einzuhalten und eine Anpassung der Benutzungsentgelte vorzunehmen. In der Stellungnahme des zuständigen Fachbereichs wurde signalisiert, dass eine Erhöhung der Entgelte nach Klärung rechtlicher Risiken erfolgen wird.

Abrechnung und Abstimmung der Gebührenkassen

Das Rechnungsprüfungsamt hat im Rahmen der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung 2011 die Abrechnungen und Abstimmung der Gebührenkassen mit den jeweiligen Sachkonten der Finanzbuchhaltung zum Buchungsabschluss 2011 geprüft. Hierbei wurde besonders auf die Übereinstimmung der Abschlussbestätigungen der jeweiligen Zahlstellen mit ihren Vorverfahren (z.B. WinCash, Bibliotheka u.ä.) mit den Verbuchungen im SAP geachtet.

Als Ergebnis ist festzustellen, dass die Vorgaben zur Abrechnung und Abstimmung der Vorverfahren mit SAP entsprechend der Dienstanweisung für Zahlstellen bis auf wenige Ausnahmen von den betreffenden Zahlstellen nicht eingehalten werden.

Das Rechnungsprüfungsamt hat darauf hingewiesen, dass die Abstimmung der Solleinnahmen zwischen Vorverfahren und SAP in Bezug auf die Kassensicherheit unerlässlich ist, da nur hierdurch die sachliche Richtigkeit und Vollständigkeit der vereinnahmten Gelder gewährleistet ist und nachvollzogen werden kann.

Die Zahlstellen der Stadtkasse unterliegen den Weisungen des Kassenverwalters. Daher wurde die Stadtkasse gebeten, die bislang noch fehlenden Nachweise von den betreffenden Zahlstellen anzufordern und künftig bei Buchungsabschlüssen einen strengeren Maßstab als bislang anzulegen. Des Weiteren sollte künftig auf den entsprechenden begründenden Unterlagen auch die sachliche Richtigkeit mittels Unterschrift der Kassiererin bzw. des Kassiers dokumentiert werden.

Aufklärung Abschlussdifferenzen aus FIWES

Bedingt durch die Umstellung des Rechnungswesens zum 1. Januar 2000 von Fiwes auf SAP und der Ausgliederung der Eigenbetriebe in separate Buchungskreise sind bei der Übernahme der Kassenreste Differenzen entstanden, welche die Haushaltsjahre 1999 bis 2003 tangieren und nicht mehr berichtigt werden konnten. Die Gemeindeprüfungsanstalt hat im Rahmen der überörtlichen Prüfung in ihren Prüfungsberichten vom 16. November 2005 und 22. Juni 2010 entsprechendes beanstandet und die Bestätigung gem. § 114 Abs. 5 Satz 3 GemO hierzu nicht erteilt.

Differenzen geklärt

Von der Bestätigung sind auch die Jahresrechnungen 2004 bis 2008 betroffen, da auch in diesen Jahren trotz Korrekturbuchungen weiterhin Abschlussdifferenzen in den Jahresrechnungen ausgewiesen werden. Die derzeitige Abschlussdifferenz liegt im HH-Jahr 2011 bei insgesamt 85.538,76 Euro.

Dem Rechnungsprüfungsamt ist es in Zusammenarbeit mit der Stadtkasse und dem Rechenzentrum anhand der jeweiligen Jahresrechnungen und den beim Rechnungsprüfungsamt noch vorliegenden Unterlagen aus der Umstellungszeit gelungen, die noch verbleibende Differenz aufzuklären. Ursächlich hierfür waren Differenzen bei der Übernahme der Kassenreste im Bereich der Friedhofsgebühren vom alten Finanzwesen nach SAP, sowie doppelte Buchungen beim Eigenbetrieb SBT, welche auf das Jahr 1999 zurück gehen. Die Gemeindeprüfungsanstalt wurde mit Schreiben vom 26. Juni 2012 über die Aufklärung entsprechend in Kenntnis gesetzt. Die Antwort der Gemeindeprüfungsanstalt hierzu steht noch aus.

Abrechnung der GWG Tübingen 2011

Die Abrechnung der von der GWG verwalteten Wohnungen für das Jahr 2011 wurde am 7. Mai 2012 in Zusammenarbeit mit der zuständigen Fachabteilung geprüft. Die Prüfung fand in den Räumlichkeiten der GWG statt. Die entsprechenden Abrechnungsunterlagen, bestehend aus den Saldenlisten der Finanzbuchhaltung, der Bilanz mit GuV, den Mietrückständen, Kontoauszügen des Bank- und Geldmarktkontos wurden zur Prüfung vorgelegt. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass die Abrechnung der von der GWG verwalteten städtischen Wohnungen für das Jahr 2011 richtig erfolgt ist.

Nachzahlungsverpflichtung der GWG Tübingen

Entsprechend der Beratungsvorlage zur Aufsichtsratssitzung vom 12. Juni 2012 beabsichtigt die GWG verschiedene ehemalige städtische Objekte zu veräußern, welche im Rahmen der Haushaltskonsolidierung in den Jahren 1997 und 2009 an die Gesellschaft für Wohnungs- und Gewerbebau Tübingen mbH (GWG) verkauft wurden. Das Rechnungsprüfungsamt hat in diesen Fällen an die notariell festgelegte Nachzahlungsverpflichtung erinnert, wonach die GWG bei einem Verkauf einzelner Objekte eine Nachzahlungspflicht in Höhe von 70 % auf den maßgeblichen Bodenwert (Richtwert) zum Zeitpunkt des Erwerbs zu entrichten hat. Die Gesamtsumme der Nachzahlungsverpflichtung beläuft sich auf rd. 320.000 Euro. Die Angelegenheit ist noch nicht abgeschlossen.

Sonderprüfung Tübinger Musikschule e.V.

Das Rechnungsprüfungsamt hat im Rahmen einer Sonderprüfung den von der Tübinger Musikschule vorgelegten Halbjahresabschluss und die Hochrechnung des Jahresabschlusses 2011, sowie die Planzahlen für die Jahre 2012 bis 2014 geprüft.

Der von der Tübinger Musikschule in der Hochrechnung erwartete Fehlbetrag in Höhe von rd. -164.000 Euro konnte nach eigenen Berechnungen des Rechnungsprüfungsamts bestätigt werden. In der Hochrechnung der Jahre 2012 bis 2014 wurde ein weiteres Defizit in Höhe von rd. -177.800 Euro errechnet. Unter Berücksichtigung des Fehlbetrages 2011 wurde vom Rechnungsprüfungsamt ein Gesamtdefizit für die Jahre 2011 bis 2014 in Höhe von rd. -342.000 Euro ermittelt. Ursächlich hierfür waren Personalkostensteigerungen und Altersteilzeitfälle, welche während der Freizeitphase teilweise doppelt besetzt waren, sowie Mehrkosten im Bereich der Schulleitung.

Das Ergebnis der Prüfung wurde mit Vorlage 176a und 176b/2011 dem Gemeinderat zur Beratung vorgelegt. Zur Erhaltung der Liquidität und langfristige Stabilisierung wurde im Jahr 2011 ein Sonderzuschuss in Höhe von 50.000 Euro bewilligt. Weiterhin wurde für die Jahre 2012 und 2013 ein zinsloses Darlehen in Höhe von insgesamt 297.000 Euro zur Rettung der Tübinger Musikschule bereitgestellt.

Dienstanweisung Parkgebühren

Bei der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung 2009 wurde bereits festgestellt, dass seit dem Jahr 2007 der Transport der vereinnahmten Parkgebühren aus den Parkautomaten zur Bank nicht mehr vom Eigenbetrieb KST, sondern über eine externe Sicherheitsfirma erfolgt. Wegen dieses Sachverhalts wurde die Stadtkasse darauf hingewiesen, dass es sich kassenrechtlich hierbei um eine Abweichung von der „Dienstanweisung Kasse“ handelt und nun dieser neue Sachverhalt gesondert geregelt werden muss. Die erforderliche Dienstanweisung wurde bislang nicht erlassen.

Im Hinblick auf die im Jahr 2012 im Stadtgebiet neu aufgestellten Parkscheinautomaten haben sich nunmehr wiederum Änderungen im organisatorischen Bereich ergeben; die noch in die neue Dienst-anweisung eingearbeitet werden müssen. Von der Stadtkasse wurde zugesagt, die Dienst-anweisung noch im Jahre 2012 zu erlassen. Das Rechnungsprüfungsamt wird die Angelegenheit, die noch nicht abgeschlossen ist, begleiten.

Neue
Dienst-anweisung
notwendig

Prüfung der Verwendungsnachweise der Vereine im Bereich der Stabsstelle Gleichstellung und Integration

Die von der Stadt bezuschussten Vereine und Institutionen haben nach Ablauf des Geschäftsjahres die zweckentsprechende Verwendung des Zuschusses nachzuweisen. Hierbei ist die Stadt berechtigt, Einsicht in die Bücher und sonstigen Geschäftsunterlagen des Zuschussempfängers zu nehmen. Die Prüfung einer zweckentsprechenden Verwendung obliegt dem Fachamt.

Im Rahmen der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung hat das Rechnungsprüfungsamt in Zusammenarbeit mit der zuständigen Dienststelle die Verwendungsnachweise der bezuschussten Vereine für das Jahr 2011 geprüft.

Schwerpunkt der Prüfung war, ob die von den Vereinen vorgelegten Unterlagen vollständig sind und ob die hierfür maßgeblichen Förderrichtlinien für städtische Zuschüsse im Sozial-, Jugend- und Gesundheitsbereich eingehalten wurden. Als Ergebnis war festzustellen, dass die von der Stadt geleisteten Zuschüsse zweckmäßig verwendet wurden.

Entsprechend den Förderrichtlinien dürfen die Beschäftigten der von der Stadt geförderten Vereine und Einrichtungen finanziell nicht besser gestellt werden als vergleichbare städtische Bedienstete. Um überprüfen zu können, wie die Beschäftigten der einzelnen Vereine bezahlt werden bzw. eingruppiert sind, wird das Rechnungsprüfungsamt anhand der Arbeitsverträge prüfen, ob diese Vorgaben eingehalten worden sind.

Die Angelegenheit ist noch nicht abgeschlossen.

Abwasserbeitrag „Alte Weberei“

Für die Erstellung eines Ablösevertrags der Stadt mit der WIT über zu zahlende Abwasserbeiträge für das Baugebiet „Alte Weberei“ wurde die Berechnung der Abwasserbeiträge geprüft. Die von der Fachabteilung Erschließung vorgenommene Berechnung anhand des Bebauungsplanentwurfs war sachgerecht und richtig. Damit konnte der Ablösevertrag sehr zeitnah abgeschlossen werden.

Beschaffung eines Kommandowagens für die Feuerwehr

Die Beschaffung des Kommandowagens für die Feuerwehr wurde bezüglich der Einhaltung vergaberechtlicher Vorschriften geprüft. Hierbei wurden keine Beanstandungen festgestellt, nachdem die Beschaffung ordnungsgemäß ausgeschrieben war.

Für künftige Beschaffungen wurde mit der Feuerwehr vereinbart, wie Leistungsverzeichnisse erstellt werden sollen und wie sie auszuwerten sind.

Alles in Ordnung

Korruptions- vorbeugung	<p>Geschenkeliste</p> <p>Im Rahmen der Korruptionsvorsorge müssen alle städtischen Beschäftigten erhaltene Zuwendungen in eine „Geschenkeliste“ eintragen die dann jährlich dem Rechnungsprüfungsamt übersandt wird. Ergänzend hierzu ist in der „Allgemeinen Dienst- und Geschäftsanweisung“, die jeder Beschäftigte bei der Stadtverwaltung erhält, festgelegt, dass grundsätzlich nur Zuwendungen bis zu einem Wert von 10.- Euro angenommen werden dürfen. Übersteigt die Zuwendung diesen Wert ist die Genehmigung der Fachbereichsleitung bzw. des Bürgermeisteramts einzuholen.</p> <p>Vom Rechnungsprüfungsamt werden diese Meldungen jährlich geprüft. Bei der Prüfung der Meldungen des Jahres 2011 gab es nahezu keine Beanstandungen. Anerkennend muss festgestellt werden, dass von den Beschäftigten die erforderlichen Meldungen schnell und vollständig vorgelegt werden.</p>
	<p>Werkverträge / Arbeitsverträge</p> <p>Im Rahmen einer Prüfung der Werkverträge hat das Rechnungsprüfungsamt festgestellt, dass teilweise Werkverträge abgeschlossen wurden, bei denen eigentlich ein Arbeitsverhältnis zugrunde lag.</p> <p>Weil die Werkverträge derzeit dezentral von jedem Fachbereich bzw. von jeder Dienststelle selbst abgeschlossen werden, hat das Rechnungsprüfungsamt vorgeschlagen, dass künftig nur noch ein Vordruck für Werkverträge bei der Stadt eingesetzt wird und dass vor jedem Abschluss eines Werkvertrags von der Personalverwaltung geprüft wird, ob nicht doch ein Arbeitsvertrag vorliegt.</p> <p>Die Angelegenheit ist noch nicht abgeschlossen.</p>
Neue Spielregeln	<p>Budgetierung und Mittelbindung</p> <p>Im Rahmen der Prüfung der Ausgaben des Jahres 2011 wurden auch die einzelnen Budgetkreise überprüft. Insbesondere darauf hin, ob die jeweiligen Budgetverantwortlichen die Vorgaben des Gemeinderats – festgeschrieben durch den Haushaltsplan- eingehalten haben. Hierbei wurde dabei festgestellt, dass teilweise von den ursprünglichen Vorgaben des Haushaltsplanes abgewichen wurde. Einerseits wurden andere Dinge beschafft als ursprünglich vorgegeben und andererseits wurden Haushaltsansätze teilweise um ein Mehrfaches erhöht gegenüber der ursprünglichen Haushaltsvorgabe.</p> <p>Die Fälle hat das Rechnungsprüfungsamt zum Anlass genommen, für die Budgetierung insoweit neue „Spielregeln“ einzufordern, als die Budgetverantwortlichen grundsätzlich nur bis zum Doppelten des Haushaltsansatzes – höchstens bis zu einem Betrag von 10.000 Euro – Handlungsfreiheit haben. Wird die vorgenannte Grenze überschritten, ist der Oberbürgermeister bzw. der entsprechende Ausschuss zu beteiligen.</p> <p>Diese Angelegenheit ist noch nicht abgeschlossen.</p>

Personalprüfung

Die Personalausgaben haben eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung; 28,79 v.H. (Vorjahr: 30,14 v.H.) des Verwaltungshaushalts ohne innere Verrechnungen und kalkulatorische Kosten sind Personalausgaben. Die Personalausgaben stellen mit ca. 50 Mio. Euro die größte Ausgabenposition innerhalb des Verwaltungshaushalts der Stadt dar. Der Personalaufwand des Eigenbetriebes KST beträgt ca. 8 Mio. Euro.

Der größte
Ausgabebrocken

Das Rechnungsprüfungsamt wird im Vorfeld von Entscheidungen häufig um Hinweise, Auskünfte und Stellungnahmen zu Vorgängen unterschiedlichster Art, insbesondere zur Auslegung von Gesetzen, Verordnungen und Tarifverträgen gebeten, dies bindet einen hohen Anteil der Arbeitszeit.

Beratung
hat Vorrang

Es können deshalb nur ausgewählte Prüfungsfelder im Rahmen eines mittelfristigen Zeitplans einer vertieften Prüfung unterzogen werden.

Entwicklung der Personalausgaben (ohne Eigenbetriebe)

Die Personalkosten
steigen

		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (+ / -)		Anteil am VWH / ohne innere Verrechnungen und kalkulatorische Kosten
Jahr	Personalkosten in Euro	EUR	%	%
2000	36.019.990			29,90
2001	37.181.796	1.161.806	3,23	29,65
2002	38.536.813	1.355.017	3,64	31,88
2003	39.038.551	501.738	1,30	33,13
2004	38.899.412	- 139.139	- 0,36	34,86
2005	39.975.471	1.076.059	2,77	30,06
2006	40.174.486	199.015	0,49	27,92
2007	40.747.460	572.974	1,43	26,25
2008	44.060.979	3.313.519	8,13	27,92
2009	46.855.880	2.794.901	6,34	31,32
2010	48.746.290	1.890.410	4,03	30,14
2011	50.032.360	1.286.070	2,64	28,79

Der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben der laufenden Rechnung (Verwaltungshaushalt) hat sich gegenüber dem Vorjahr wieder etwas vermindert und liegt bei 28,79 v.H. (2010: 30,14 v.H.). Im Vergleich dazu liegt der Landesdurchschnitt bei 27,5 v.H. (vgl. GPA Geschäftsbericht 2012).

Die Personalausgaben (ohne Eigenbetrieb) haben um 1.28 Mio. bzw. 2,64 % auf gut 50 Mio. EUR zugenommen. Der vom Statistischen Bundesamt ermittelte Bundesdurchschnitt liegt im Vergleichszeitraum bei 2,5 %.

Im Gesamtbetrag der Personalkosten 2011 sind enthalten:

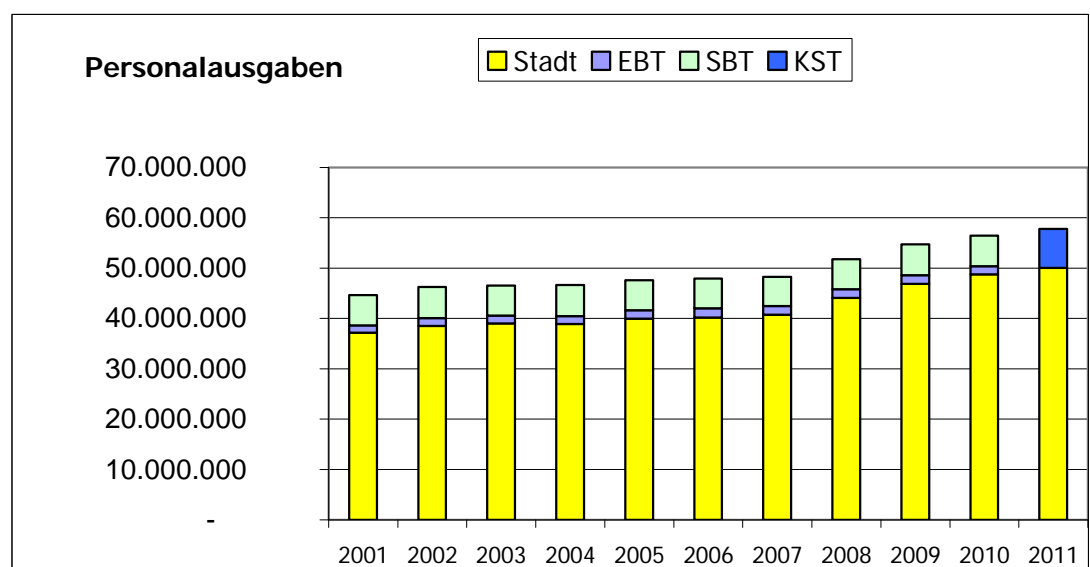
- Änderung der Bewertung von Stellen und damit verbundenen Höhergruppierungen und Beförderungen.
- Finanzierung der Altersteilzeitfälle
- Vorrückungen in den Dienstaltersstufen bei Beamten

- Schaffung neuer Planstellen im Rahmen der Krippeninitiative und der Schulkindbetreuung
- Lineare Anhebung der Tabellenentgelte der Beschäftigten einschl. der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst ab dem 1. Januar 2011 um 0,6 v.H., ab 01.08.2011 um weitere 0,5 v.H. Generelle Einmalzahlung mit 240 Euro und einer weiteren Einmalzahlung. Erhöhung der Leistungsentgelte 2011 auf 1,50 v.H. der ständigen Monatsentgelte des (Vor-)Jahres 2010.
- Lineare Anpassungen der Dienstbezüge der Beamten/innen um 0,6 v.H. ab 1. Januar 2011, um weitere 0,3 v.H. ab 1. August 2011 sowie eine Einmalzahlung von 240 Euro im Januar 2011.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung getrennt nach Verwaltung und des Eigenbetriebes KST.

Anmerkung: Die beiden Eigenbetriebe EBT und SBT wurden mit Wirkung vom 1. Januar 2011 zu einem neuen Eigenbetrieb, dem „Kommunale Servicebetriebe Tübingen“ verschmolzen.

	Stadt	EBT	SBT	KST	Summe der Personalausgaben
2001	37.181.796	1.467.006	5.982.751		44.631.553
2002	38.536.813	1.521.149	6.184.254		46.242.216
2003	39.038.551	1.542.599	5.958.190		46.539.340
2004	38.899.412	1.587.062	6.161.932		46.648.405
2005	39.975.471	1.678.363	5.950.296		47.604.130
2006	40.174.486	1.822.302	5.921.383		47.918.171
2007	40.747.160	1.743.386	5.760.124		48.250.670
2008	44.060.979	1.727.752	5.979.999		51.768.730
2009	46.855.880	1.730.380	6.135.856		54.722.116
2010	48.746.290	1.614.887	6.105.082		56.466.259
2011	50.032.359	-	-	7.767.483	57.799.842



Im Haushaltsplan 2011 waren die Personalausgaben mit 58.616.670 Euro veranschlagt; das Rechnungsergebnis liegt bei 57.799.842 Euro; das ergibt eine Abweichung in Höhe von – 816.828 Euro; dies bedeutet eine Planunterschreitung von – 1,39 v.H. (Vorjahr -1,36 v.H.).

Im Vergleich der Rechnungsergebnisse der Gesamtstadt der beiden letzten Jahre – 2010 und 2011 – ergeben sich Mehrausgaben in Höhe von + 1.333.583 Euro (= + 2,36 v.H.); der Vergleich der Jahre 2009 und 2010 ergibt Mehrausgaben von + 1.744.143 (= + 3,18 v.H.).

Durch die Bindung an Tarifverträge und Besoldungsgesetze sind die Steigerungen der Personalausgaben von der Stadt als Arbeitgeber nicht zu beeinflussen. Letztlich sind Personalkosten Fixkosten die immer anfallen und in den letzten Jahren stetig gestiegen sind. Nur durch eine restriktive Einstellungspolitik lässt sich hier einsparen.

Stetig nach oben

Stellenbewertungskommission

Eine zeitnahe und sachgerechte Stellen- bzw. Dienstpostenbewertung ist für die Personalarbeit unabdingbar. Daher kommt der städtischen Bewertungskommission eine wichtige Bedeutung innerhalb der Personalarbeit zu.

Das Rechnungsprüfungsamt wirkt im Rahmen der präventiven Prüfungsarbeit in der Kommission für die Bewertung der Stellen der Beschäftigten und Beamten mit und ist so im Vorfeld inhaltlich begleitend eingebunden.

Bewertung schafft
Sicherheit

Die Anzahl der Einzelbewertungen lag im Jahr 2011 auf einem hohen Niveau. In sieben Sitzungen wurden ca. 80 Stellen aufgrund von neuen/veränderten Arbeitsplatzbeschreibungen bewertet. Vielfach lagen diesen Stellenbewertungen schwierige Einzelfälle zugrunde, die über die sachlichen Bewertungskriterien hinaus, Abstimmungsgespräche mit den Vorgesetzten und/oder den Stelleninhabern erforderten.

Neubesetzung von Stellen

Bei Neubesetzung von Stellen hat das Rechnungsprüfungsamt stichprobenweise im Vorfeld geprüft, ob das Anforderungsprofil einer Stelle und die daraus resultierende Stellen- bzw. Dienstpostenbewertung, auf der Grundlage des Organisationsstellenplanes, mit der Ausschreibung der Stelle, d.h. mit der ausgeschriebenen Entgelt- bzw. Besoldungsgruppe übereinstimmt. Auch wurde hierbei darauf geachtet, ob das Stellenbesetzungsverfahren eingehalten wurde.

Als Prüfungsergebnis kann bestätigt werden, dass im Grundsatz diese Rahmenvorgaben eingehalten wurden. In abweichenden Fällen wurde die FAB Personal und Organisation entsprechend informiert.

Tarifvertrag für den Sozial- und Erziehungsdienst (SuE)

Der neue Tarifvertrag SuE vom 27. Juli 2009 gilt für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst. Es waren ca. 500 Beschäftigte durch den neuen Tarifvertrag betroffen; sie wurden zum 1. November 2009 in die eigenständige Vergütungstabelle (Entgelttabelle S) mit 17 Entgeltgruppen übergeleitet. Das Rechnungsprüfungsamt war hierbei auch im Prüfungsjahr 2011 begleitend bzw. beratend tätig, d.h. Ansprechpartner in Eingruppierungsfragen; bspw. bei Stufenanrechnungen bei entsprechend anrechenbaren Vorzeiten.

Das Rechnungsprüfungsamt hat darüber hinaus bei ca. 50 Einzelfällen stichprobenweise die Monatsabrechnungen in der Zeit vom 1. November bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Prüfung ist abgeschlossen, Beanstandungen gab es keine.

Vorzeitiger Stufenaufstieg und Stufenhemmung

Das Rechnungsprüfungsamt hat die einzelfallbezogenen Entscheidungen über die vorzeitigen bzw. verkürzten Stufenaufstiege auf der tarifrechtlichen Grundlage schwerpunktmäßig im Prüfungszeitraum 2010 geprüft (vgl. Jahresbericht 2010). Für weitere Einzelfallentscheidungen hatte das Rechnungsprüfungsamt vorgeschlagen hierfür grundsätzliche Regelungen aufzustellen. :

Neuregelung steht aus

Eine neue Regelung wurde bisher nicht erstellt; jedoch wurde auch festgestellt, dass im Jahr 2011 keine weiteren vorzeitigen Stufenaufstiege nach § 17 TVöD-VKA gewährt wurden.

Einführung von dvv.Personal

Verschmelzung der beiden Eigenbetriebe EBT und SBT

Das bisherige Personalabrechnungssystem PWES wurde zum 1. Januar 2011 durch das System dvv.Personal ersetzt. Die Stadt Tübingen hat in der ersten Phase zunächst die Basiskomponente für die Bereiche der Bezüge- und Entgeltabrechnung der Beschäftigten und der Beamten eingesetzt.

Zeitgleich kam es auch zu einer weitreichenden, organisatorischen Änderung im Bereich der beiden Eigenbetriebe. Zum 1. Januar 2011 wurden die beiden Eigenbetriebe Entsorgungsbetriebe Tübingen und Stadtbaubetriebe Tübingen zu einem neuen Eigenbetrieb, dem „Kommunale Servicebetriebe Tübingen“, verschmolzen.

Allgemeine Umstellung

Dies bedeutet, dass auch diese Beschäftigten (insgesamt ca. 220 Personalfälle) umgestellt werden mussten. Aufgrund der Besonderheiten der Lohnabrechnung (Erschwerniszulagen, Zeitzuschläge, Rufbereitschaften u.a.) und die kaufmännische Verbuchung musste ein großer Teil des bisherigen Datenbestandes, der für die Abrechnung relevant ist, manuell in das neue Verfahren eingepflegt werden. Dadurch war die Fehlerquelle bei der Übernahme der Daten deutlich höher als bei den Beschäftigten der Stadt.

Das Rechnungsprüfungsamt hat diesen sehr zeitaufwändigen Prozess begleitet und arbeitete hier sowohl im Kernteam als auch in der eigentlichen Projektgruppe inhaltlich mit.

Das Rechnungsprüfungsamt hat stichprobenweise ca. 40 Personalabrechnungsfälle des neuen Eigenbetriebes KST nach der Übernahme ins dvv.Personal geprüft. Dabei wurde festgestellt, dass die abrechnungsrelevanten Daten für die Monatsabrechnungen im Grundsatz richtig übernommen wurden. Problemfälle wurden und werden noch von der zuständigen Fachabteilung nachgebessert.

Gute Arbeit geleistet

Im Rahmen der Begleitung dieses Prozesses – der auch im Jahr 2012 noch andauert – hat das Rechnungsprüfungsamt festgestellt, dass die Fachabteilung Personal und Organisation und hier insbesondere das „Team Lohn-Gehalt“ eine sehr gute, motivierte, ziel- und ergebnisorientierte Arbeit geleistet hat.

Bautechnischer Bereich

Die bautechnische Prüfung umfasst den Bereich der Stadtverwaltung Tübingen und Kommunale Servicebetriebe Tübingen. Der Schwerpunkt in der diesjährigen Prüfung lag auf Strassen- und Tiefbauarbeiten sowie den Vergaben der Kommunalen Servicebetriebe Tübingen. Die Berichte zu Prüfungen der Vergaben bei den Kommunalen Servicebetrieben Tübingen werden in einem gesonderten Bericht verfasst.

Vergaben im Allgemeinen

Vergaben

Im Rahmen der begleitenden Prüfung wurden alle dem Rechnungsprüfungsamt mitgeteilten Vergaben und Ausschreibungen geprüft. Das Rechnungsprüfungsamt hat teilweise an Submissionsterminen teilgenommen. Insgesamt waren es:

19 öffentliche Ausschreibungen mit einem Auftragsvolumen von	9,032 Mio. Euro
73 beschränkte Ausschreibungen mit einem Auftragsvolumen von	3,823 Mio. Euro
107 Freihändige Vergaben mit einem Auftragsvolumen von	1,483 Mio. Euro

Nach Vorlage von den einzelnen Submissionsniederschriften, den Vergabevermerken sowie den entsprechenden Auftragssschreiben, wurden mit den Fachbereichen und Fachabteilungen Beanstandungen direkt geklärt. Grundsätzliche Vergabefehler waren nicht zu verzeichnen gewesen.

Vergaberecht in
Ordnung

Dokumentation von Vergaben

Bekanntmachungen der Ausschreibungen erfolgten bereits seit Juni 2010 auf der Internetseite der Universitätsstadt Tübingen. Die Erweiterung der Bekanntmachung gem. § 20 VOB/A 2009 zur Dokumentation für beschränkte Ausschreibungen und Freihändige Vergaben, erfolgt in Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Fachbereichen Öffentlichkeitsarbeit, Hochbau und Tiefbau seit Dezember 2010. Diese öffentliche Ausschreibungs- Plattform wird vom Fachbereich Tiefbau und vom Eigenbetrieb KST genutzt, jedoch nicht von der Fachabteilung Hochbau.

Gemäß § 19 VOB/A sollen auch die Beschränkten Ausschreibungen über 20.000 Euro geschätzter Auftragssumme öffentlich gemacht werden. Auch dies wird bisher nur vom Fachbereich Tiefbau und vom Eigenbetrieb KST gemacht.

Beratung der Fachbereiche

Vermehrt wurden Beratungen für die Fachbereiche notwendig in den Bereichen Honorarvertrag von verschiedenen Ingenieuren und im Bereich der Prüfung und Genehmigung von Nachträgen. Im Bereich Stadtplanung kommt der, vom Fachbereich entwickelte und mit dem Rechnungsprüfungsamt abgestimmte „Kleinauftrag für Architekten / Ingenieure“ zur Anwendung.

Vertragswesen HOAI-Ingenieurverträge

Vergütungen für Preisgerichtsmitglieder oder Mitglieder des Gestaltungsbeirats

Für die Abrechnung der Vergütungen für Preisgerichtsmitglieder oder Mitglieder des Gestaltungsbeirats konnte die sogenannte „Kleinunternehmerregelung“ des § 19 UStG angewandt werden. So werden jetzt auf den Honorarforderungen die echten Auslagen, die bereits Mehrwertsteuer enthalten, von den Mehrwertsteuerpflichtigen Posten getrennt aufgeführt. Die Fachbereiche beachten dies künftig.

HOAI-Verträge für Architekten und Ingenieure

Es wurde festgestellt, dass keine Verpflichtungserklärungen nach dem Verpflichtungsgesetz bei der Beauftragung eines Architekten/Ingenieurs vorgenommen werden. Künftig werden diese Erklärungen als Bestandteil in die Aufträge/Verträge eingearbeitet.

Einzelabrechnungen von Leistungen auf der Grundlage der HOAI

Planungsleistung zur Sanierung der Aischbachschule

Die anrechenbaren Baukosten wurden vom Rechnungsprüfungsamt anhand der einzelnen Schlussrechnungen der verschiedenen Gewerke in Höhe von 1.914.960 Euro brutto festgestellt. Obwohl vom Rechnungsprüfungsamt höhere Baukosten als vom Architekten festgestellt wurden, ergab die Berechnung des Honorars eine Rückforderung zu Gunsten der Stadt in Höhe von 9.837,41 Euro.

Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Bauabrechnungen

Einzelabrechnungen für den laufenden Bauunterhalt im Sammelnachweis 2

Heizungspumpen im Rahmen der Klimaschutzoffensive austauschen

Es war geplant das Austauschen der Heizungspumpen in den städtischen Gebäuden im Rahmen des Teilprojektes Nr. 5 zur Energieeffizienz im Jahr 2011 abzuschließen. Die Abrechnungen und Aufträge wurden überprüft. Zahlungen erfolgten bis ins Jahr 2012. Abgerechnet wurde nach Leistungspositionen auf der Grundlage eines Angebotes.

Ausgaben

2010	112.820,70 Euro
2011	104.070,18 Euro
2012	34.507,16 Euro
Aufwand insgesamt:	251.398,04 Euro

Insgesamt wurden hier keine Beanstandungen festgestellt.

Straßenbaukosten im Verwaltungshaushalt

Die Vergabe für die allgemeinen Sanierungsarbeiten und kleinen Reparaturen an das Jahresbauunternehmen wurden geprüft. Dabei wurde festgestellt, dass größere Straßenschäden zusätzlich ausgeschrieben werden und damit eine klare Trennung zwischen den Kosten im Jahresbau und den Kosten für die sonstigen Sanierungen erfolgen kann. Für das Jahr 2011 wurden für die jährlichen Unterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen von Straßen 453.465,43 Euro von der beauftragten Firma abgerechnet.

Zusätzlich wurden drei weitere Maßnahmen öffentlich ausgeschrieben. Die fünf zusätzlichen Aufträge zur Sanierung von Brückenbrüstungen wurden freihändig vergeben. Die Auftragssummen lagen zwischen 1.100 Euro und 2.900 Euro und damit innerhalb der Vergabegrenzen. Insgesamt sind für alle zusätzlichen Aufträge weitere 229.133,26 Euro abgerechnet worden. Die Gesamtausgaben für Straßensanierungen mit insgesamt 682.598,69 Euro lagen doppelt so hoch wie im Vorjahr.

Prüfung abgerechneter Bauvorhaben

Errichtung eines Barrierefreien Zugangs zum Hauptbahnhof

Seit Mai 2007 besteht zwischen der DB Station & Service und der Stadt Tübingen eine Planungsvereinbarung. Der Baubeschluss für die Herstellung des Aufzugs erfolgte am 4. Oktober 2010 mit der Vorlage Nr. 324/2010. Die Fertigstellung des Aufzugs war im Januar 2012. Die Vergabe der Bau- und Planungsleistungen waren korrekt erfolgt. Die Prüfung der Gesamtkosten kann erst nach Vorlage der Schlussrechnung erfolgen, derzeit liegen die Ausgaben noch unter 300.000 Euro.

Erschließung Käppelesäcker

Einzelne Schlussrechnungen der Bau- und Ausführungsfirmen wurden geprüft. Die Architektenleistung und Tragwerksplanung wurde gemäß der neuen Fassung der Honorarordnung beauftragt und abgerechnet. Die Begründung für Erhöhung der Honorarzone beim Architekten von einer Honorarzone II-Unten auf die Honorarzone II-Mitte wurde nicht vorgelegt und ist daher nicht nachvollziehbar. Daraus folgend hat das Rechnungsprüfungsamt eine Honorar-Rückforderung von 2.623,56 Euro ermittelt.

Forderung
steht noch aus

Der Vollzug der Rückforderung wurde vom Fachbereich noch nicht bestätigt.

Sanierung Steinlachallee

Die Vorlage der Schlussrechnung wurde auf Wunsch der Baufirma auf Anfang des Jahres 2011 verschoben. Die Prüfung der Schlussrechnung wurde Fachbereich Tiefbau und vom Rechnungsprüfungsamt zusammen vorgenommen. Hierbei wurden von der Rechnung der Baufirma Streichungen vorgenommen. Eine Einigung mit der Baufirma konnte bisher nicht erzielt werden. Damit ist die Angelegenheit noch nicht abgeschlossen.

Aischbachschule

Die Kosten für die Energetische Sanierung wurden von den Sanierungskosten getrennt berechnet. Die Sanierung der WC-Räume, der Böden in den Klassenzimmern und des Aufenthalts- und Eingangsbereichs waren im Zuge dieser energetischen Sanierung erfolgt und so wurde ein Teil der Baukosten in den Verwaltungshaushalt verbucht.

Die energetische Sanierung und die Generalsanierungsarbeiten an der Aischbachschule wurden in den Jahren 2009 bis 2011 ausgeführt. Die ausgeschriebenen Elektro-Arbeiten wurden zum Großteil auf Nachweis abgerechnet. Die Abrechnungssumme mit 174.872,32 Euro übersteigt die Beauftragung in Höhe von 73.881,09 Euro um mehr als das Doppelte. Ebenso verhält es sich mit den Gerüstkosten, die in Abhängigkeit standen mit den Fassaden- und Dachsanierungen. Die Gerüstbauarbeiten sind mit der dreifachen Auftragssumme abgerechnet worden. Eine Preisanpassung wegen höherer Massen gem. § 2 Abs 3 VOB/B ist nicht erfolgt, Nachtragsvereinbarungen liegen nicht vor. Dies widerspricht einer sparsamen und kostenkontrollierten Verwendung städtischer Mittel. Der Fachbereich hat künftig entsprechende Nachträge und Auftragsveränderungen vor der Beauftragung festzuschreiben.

Nachträge
erforderlich

Im Rahmen der Bauarbeiten traten Vandalismusschäden auf. Die Kosten hierfür in Höhe von 3.831,62 Euro hat bisher die Stadt übernommen. Nachdem aber diese Schäden von der Baufirma zu übernehmen gewesen wären, hat die Stadt hier einen Erstattungsanspruch gegenüber der Baufirma. Dieser muss noch im diesem Jahr geltend gemacht werden.

Schadensersatz
geltend machen

Betätigungsprüfung

Wiederbestellung der Geschäftsführer der SWT Tübingen

In Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt wurde das Verfahren zur Wiederbestellung der Geschäftsführer der Stadtwerke Tübingen GmbH festgelegt. Der Gemeinderat beschloss mit Vorlage 281/2011 am 25. Juli 2011 die Wiederbestellung der bisherigen Geschäftsführer für fünf Jahre und legte zugleich fest, dass der Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke Tübingen GmbH den Gemeinderat in nichtöffentlicher Sitzung über die wesentlichen Vertragsinhalte der Geschäftsführerverträge zu informieren habe. Diese Information wurde am 10. April 2012 von Herrn Oberbürgermeister Palmer vorgenommen.

Beteiligungsbericht

Der Beteiligungsbericht 2011 mit den Abschlusszahlen des Jahres 2010 wurde mit Vorlage 237/2012 eingebracht. Der Beteiligungsbericht entspricht den gesetzlichen Anforderungen und ist geeignet, über die Wirtschaftslage und die Entwicklung der Beteiligungsunternehmen und der Eigenbetriebe der Stadt Tübingen zu informieren.

Zum wiederholten Mal muss das Rechnungsprüfungsamt darauf hinweisen, dass der Bericht insoweit unvollständig ist, als bei einzelnen Beteiligungen die Höhe der Aufwendungen für die Geschäftsführerbezüge nicht angegeben wurde.

Geschäftsführerbezüge sind offen zu legen

Die gesetzliche Schutzfrist des § 286 Abs. 4 des Handelsgesetzbuches zieht nur dann, wenn nur ein Geschäftsführer/in vorhanden oder die Höhe der Bezüge einer Geschäftsführerin / eines Geschäftsführers ermittelt werden kann. Sind mehrere Geschäftsführer/innen vorhanden (namentlich bei den Stadtwerken Tübingen, bei der BioRegio STERN und künftig bei der GWG Tübingen), die nicht gleich bezahlt werden, ist die Nichtangabe gesetzeswidrig.

Auch lässt die vorgenannte Bestimmung des Handelsgesetzbuches kein Raum dafür, dass der jeweilige Geschäftsführer darüber entscheidet, ob seine Bezüge öffentlich gemacht werden.

Eigenbetrieb Kommunalen Servicebetrieb Tübingen (KST)

Das Rechnungsprüfungsamt prüft den Jahresabschluss des Eigenbetriebs KST; Kommunalen Servicebetrieb Tübingen. Nach § 111 Abs. 1 GemO wird die Prüfung in entsprechender Anwendung des § 110 Abs. GemO (Örtliche Prüfung der Jahresrechnung der Stadt) vorgeschrieben.

Das Prüfungsergebnis wird dem Gemeinderat in einem eigenen Bericht vorgelegt.

Überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt

Die Bauausgaben der Stadt der Jahre 2004 – 2007 wurden im Jahr 2008 von der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg geprüft. Der Prüfbericht ging am 23. Juli 2009 bei der Stadt ein. Der Gemeinderat wurde mit Vorlage 320/09 über die wesentlichen Inhalte des Prüfungsberichts informiert. Mit Schreiben vom 13. März 2010 und 1. Juni 2012 wurde der Prüfungsbericht von der Stadt beantwortet. Inzwischen liegt nur noch eine Nachfrage der Gemeindeprüfungsanstalt vor, so dass die Angelegenheit in Bälde abgeschlossen werden kann.

Erfolgreich
bestanden

In der Zeit vom 21. September bis 5. November 2009 wurde von der Gemeindeprüfungsanstalt die allgemeine Finanzprüfung der Jahre 2004 – 2009 durchgeführt. Der Prüfbericht, datiert vom 23. Juni 2010, ist zwischenzeitlich bei der Stadt eingegangen. Der Gemeinderat wurde am 4. Oktober 2010 über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung informiert. Mit Schreiben vom 14. Dezember 2010 hat die Verwaltung zu den Prüfungsfeststellungen geantwortet. Mit Schreiben vom 16. Oktober 2011 hat das Regierungspräsidium Tübingen mitgeteilt, dass die Prüfung abgeschlossen sei.

Bestätigungsvermerk

Die örtliche Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Tübingen für das Haushaltsjahr 2011 hatte nach § 110 der Gemeindeordnung zum Gegenstand, ob

- bei den Einnahmen und Ausgaben und bei der Vermögensverwaltung nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren worden ist,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
- der Haushaltsplan eingehalten worden ist und
- das Vermögen und die Schulden richtig nachgewiesen worden sind.

Die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung sind in diesem Bericht dargelegt. Das Rechnungsprüfungsamt kann dem Gemeinderat empfehlen, die Jahresrechnung 2011 festzustellen.

Tübingen, den 8. August 2012

Rechnungsprüfungsamt



Braun

Anlagen

Anlage 1 - Entwicklung der HH-Gruppierungen

Anlage 2 - Bewegungsbilanz des städtischen Vermögens

Anlage 3 – Kostenrechnende Einrichtungen

Anlage 4 - Kasseneinnahmereste

Anlage 5 - Vermögensbewertung

Entwicklung der HH-Gruppierungen
Verwaltungshaushalt

Anlage 1.1

Nr.	Gruppierung	Rechnungsergebnis		Haushaltsansatz		Veränderungen in %		Anteil Plan 2012 zu RE 2010
		2010	2011	2011	2012	RE zu Plan 2011	RE 2010 zu RE 2011	
0	Realsteuern	38.665.514	45.041.621	41.370.000	47.367.000	8,88%	16,49%	22,50%
1	Gemeindeanteil an Gemeinschaftssteuern	34.000.634	35.948.045	34.286.300	37.493.800	4,85%	5,73%	10,27%
2	Andere Steuern	678.214	1.023.853	722.080	918.080	41,79%	50,96%	35,37%
3	Steuerähnliche Einnahmen	48.363						
4	Schlüsselzuweisungen	43.651.429	45.681.158	39.732.600	46.102.000	14,97%	4,65%	5,61%
6	Sonstige allgemeine Zuweisungen	747.356	755.602	755.000	758.870	0,08%	1,10%	1,54%
9	Ausgleichsleistungen	3.523.240	3.131.610	2.973.300	3.225.300	5,32%	-11,12%	-8,46%
0	Summe Hauptgruppe	121.314.748	131.581.889	119.839.280	135.865.050	9,80%	8,46%	11,99%
10	Verwaltungsgebühren	3.418.626	3.310.100	3.519.920	3.724.870	-5,96%	-3,17%	8,96%
11	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	6.497.458	7.124.744	7.058.150	7.703.840	0,94%	9,65%	18,57%
13	Einnahmen aus Verkauf	394.038	591.022	636.690	689.390	-7,17%	49,99%	74,96%
14	Einnahmen aus Mieten und Pachten	2.010.562	2.084.497	1.863.380	3.253.030	11,87%	3,68%	61,80%
15	Sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	1.064.165	1.055.130	938.900	962.240	12,38%	-0,85%	-9,58%
16	Erstattungen für Ausgaben des Verwaltungshaushalts	11.332.137	11.659.050	11.568.880	12.201.440	0,78%	2,88%	7,67%
17	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	11.388.956	12.489.913	12.081.740	19.884.100	3,38%	9,67%	74,59%
1	Summe Hauptgruppe	36.105.942	38.314.456	37.667.660	48.418.910	1,72%	6,12%	34,10%
20	Zinseinnahmen	624.966	808.831	679480	737980	19,04%	29,42%	-100,00%
21	Gewinnanteile von wirtschaftlichen Unternehmen	2.904.209	1.959.802	1.472.120	870.830	33,13%	-32,52%	-70,01%
22	Unternehmen und Beteiligungen							
22	Konzessionsabgaben	4.406.883	4.752.935	4.300.500	4.300.300	10,52%	7,85%	-2,42%
26	Weitere Finanzeinnahmen	2.938.030	3.165.599	3.264.700	3.478.000	-3,04%	7,75%	18,38%
27	Kalkulatorische Einnahmen	19.725.721	16.108.527	12.073.900	15.495.860	33,42%	-18,34%	-21,44%
28	Zuführungen vom Vermögenshaushalt	10.738	121.508	98.500	80.000	23,36%	1031,55%	645,01%
2	Summe Hauptgruppe	30.610.547	26.917.202	21.889.200	24.962.970	22,97%	-12,07%	-18,45%
	Gesamteinnahmen	188.031.238	196.813.547	179.396.140	209.246.930	9,71%	4,67%	11,28%

Nr.	Gruppierung	Rechnungsergebnis		Haushaltsansatz		Veränderungen in %		Anteil
		2010	2011	2011	2012	RE zu Plan 2011	RE 2010 zu RE 2011	
40 47	Personalausgaben Deckungsreserve für Personalausgaben	48.746.290 0	50.032.360	50.992.190	53.350.880	-1,88%	2,64%	9,45%
4	Summe Hauptgruppe	48.746.290	50.032.360	50.992.190	53.350.880	-1,88%	2,64%	9,45%
50	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3.049.835	3.372.569	3.368.500	5.075.050	0,12%	10,58%	66,40%
51	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	1.425.398	1.973.042	2.254.640	2.012.350	-12,49%	38,42%	41,18%
52	Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	561.393	664.343	856.730	822.350	-22,46%	18,34%	46,48%
53	Mieten und Pachten	1.033.064	1.157.237	1.207.010	1.404.610	-4,12%	12,02%	35,97%
54	Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen usw.	6.613.116	6.122.232	6.423.350	7.337.940	-4,69%	-7,42%	10,96%
55	Haltung von Fahrzeugen	74.170	97.418	61.900	68.500	57,38%	31,34%	-7,65%
56	Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	716.664	762.314	711.270	956.500	7,18%	6,37%	33,47%
57	Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	1.660.899	1.869.016	1.972.680	2.057.150	-5,25%	12,53%	23,86%
58	Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	405.282	441.972	459.570	498.060	-3,83%	9,05%	22,89%
59	Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	953.725	981.142	964.890	976.780	1,68%	2,87%	2,42%
5	Summe Hauptgruppe	16.493.545	17.441.285	18.280.540	21.209.290	-4,59%	5,75%	28,59%
60	Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	454.153	547.254	514.320	691.800	6,40%	20,50%	52,33%
61	Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	125.937	174.991	142.900	121.400	22,46%	38,95%	-3,60%
62	Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	387.940	438.554	395.990	412.100	10,75%	13,05%	6,23%
63	Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	579.600	726.664	700.810	772.410	3,69%	25,37%	33,27%
64	Steuern, Versicherungen, Schadensfälle, Sonderabg.	679.142	708.220	700.230	741.600	1,14%	4,28%	9,20%
65	Geschäftsausgaben	1.599.745	1.846.797	1.797.060	1.933.680	2,77%	15,44%	20,87%
66	Weitere allgemeine sächliche Ausgaben	350.132	494.976	425.820	594.950	16,24%	41,37%	69,92%
67	Erstattungen von Verwaltungs- und Betriebsaufwand	16.015.747	16.420.577	16.824.030	17.740.060	-2,40%	2,53%	10,77%
68	Kalkulatorische Kosten	19.725.721	16.108.527	12.073.900	15.495.860	33,42%	-18,34%	-21,44%
6	Summe Hauptgruppe	39.918.115	37.466.561	33.575.060	38.503.860	11,59%	-6,14%	-3,54%

Anlage 1.1

Entwicklung der HH-Gruppierungen
Verwaltungshaushalt

Nr.	Gruppierung	Rechnungsergebnis		Haushaltsansatz		Veränderungen in %		Anteil Plan 2012 zu RE 2010
		2010	2011	2011	2012	RE zu Plan 2011	RE 2010 zu RE 2011	
70	Zuschüsse für lfd. Zwecke an soz. o. ähnl. Einr.	14.587.906	14.836.070	16.039.870	16.996.360	-7,51%	1,70%	16,51%
71	Zuweisungen und sonst. Zuschüsse für lfd. Zwecke	871.572	1.162.668	1.136.110	1.360.000	2,34%	33,40%	56,04%
72	Schuldendiensthilfen			0				
78	Sozialleistungen			0				
7	Summe Hauptgruppe	15.459.478	15.998.738	17.175.980	18.356.360	-6,85%	3,49%	18,74%
80	Zinsausgaben	945.162	1.025.775	1.574.700	1.527.150	-34,86%	8,53%	61,58%
81	Steuerbeteiligungen	4.718.814	5.816.474	4.880.000	5.810.500	19,19%	23,26%	23,13%
83	Allgemeine Umlagen	54.158.036	51.222.574	51.219.200	53.892.300	0,01%	-5,42%	-0,49%
84	Weitere Finanzausgaben	937.571	1.672.457	120.600	150.700	1286,78%	78,38%	-83,93%
85	Deckungsreserve	0	0	50.000	50.000	-100,00%		#DIV/0!
86	Zuführung	6.654.227	16.137.323	1.527.870	16.395.890	956,20%	142,51%	146,40%
88	Globale Minderausgabe	0		0				
8	Summe Hauptgruppe	67.413.810	75.874.603	59.372.370	77.826.540	27,79%	12,55%	15,45%
	Gesamtausgaben	188.031.239	196.813.547	179.396.140	209.246.930	9,71%	4,67%	11,28%
	Summe Einnahmen Verwaltungshaushalt	188.031.239	196.813.547	179.396.140	209.246.930	9,71%	4,67%	11,28%
	Summe Ausgaben Verwaltungshaushalt	188.031.239	196.813.547	179.396.140	209.246.930	9,71%	4,67%	11,28%

UA	Gebäude und Grundstücke	Bewegungsbilanz 1990 - 2010		2011		Bewegungsbilanz 1990 - 2011	
		Verkauf	Erwerb	Verkauf	Erwerb	Verkauf	Erwerb
8800	Grundstücke	26.395.624,26 €	15.419.324,22 €	3.685.594,46 €	1.917.484,71 €	30.081.218,72 €	17.336.808,93 €
	für Großsporthalle	1.944.317,62 €	- €			1.944.317,62 €	- €
	Stadt	11.659.128,70 €	11.504.067,32 €			11.659.128,70 €	11.504.067,32 €
	Wohnungsbau	19.429.091,49 €	- €			19.429.091,49 €	- €
	Gewerbeflächen	15.595.605,86 €	- €	63.000,00 €		15.658.605,86 €	- €
	Bauerwartungsland	1.564.807,96 €	4.088.939,22 €			1.564.807,96 €	4.088.939,22 €
	Land- und Forstwirtschaft	2.454.201,03 €	3.067.751,29 €			2.454.201,03 €	3.067.751,29 €
	Sonstige	1.102.515,56 €	766.937,82 €			1.102.515,56 €	766.937,82 €
		- €	15.338,76 €			- €	15.338,76 €
		- €	10.093,41 €			- €	10.093,41 €
8800	Gebäude	31.141.593,09 €	7.158.086,34 €			31.141.593,09 €	7.158.086,34 €
	Gesamt	111.286.885,57 €	35.804.623,21 €	3.748.594,46 €	1.917.484,71 €	115.035.480,03 €	37.722.107,92 €
		- €	- €	Saldo 2011	-	- €	- €
		- €	- €			- €	- €
		- €	75.482.262,36 €			-	77.313.372,11 €

Verkauf der GWG Wohnungen im Jahr 1997 und 1998
für insgesamt 35,38 Mio DM = 18,09 Mio. Euro

Anlage 3

**Entwicklung der Kostendeckung
bei den kostenrechnenden Einrichtungen**

HHSI	Einrichtung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Betreiber:
Grad der Kostendeckung in		%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	
2330	Mensa Uhlstraße ab 2009										2,80	1,61	1,18	Stadt
3212	Stadtmuseum	8,46	3,41	3,29	7,38	4,72	3,21	11,76	14,74	15,31	8,83	9,45	6,15	Stadt
3520	Stadtbücherei	6,70	7,08	5,36	7,68	8,57	8,33	7,79	7,61	7,33	7,78	8,94	9,02	Stadt
4351	Männerwohnheim	39,40	35,22	45,34	46,02	46,86	46,95	37,52	41,01	53,31	52,50	59,01	63,54	GWG
4352	Aufnahme- und Übernachtungsheim für Nichtsesshafte	90,94	32,34	137,9	231,21	103,28	131,83	109,92	86,06	200,84	104,53	171,82	71,20	GWG
4641	Kindergarten bis 2008	31,96	30,85	26,24	27,17	30,85	30,24	32,04	41,88	40,91				Stadt
4642	Kinderhäuser bis 2008	31,37	31,58	30,09	30,39	36,66	34,31	36,64	31,36	29,05				Stadt
4642	Kindergärten und Kinderhäuser ab 2009										31,33	32,62	36,09	
4643	Schülerhorte ab 1999	27,80	29,84	27,08	26,04	27,87	26,63	26,43	31,54	27,47	29,67	27,00	26,53	Stadt
5611	Vermietung Sporthallen								9,57	16,35	13,37	8,09	7,23	Stadt
7300	Märkte	85,58	86,41	82,23	79,58	86,62	83,85	83,87	95,10	75,46	81,26	80,62	79,01	Stadt
7500	Bestattungswesen	93,52	76,80	78,74	77,44	86,34	87,98	83,05	86,54	81,67	87,75	87,95	95,34	SBT
7610	Sammelantennenanlage WHO	128,20	95,66	55,43	94,90	96,70	104,64	99,75	70,94	90,93	95,29	101,80	83,15	Stadt
7901	Stocheckerkananlageplätze ab 2002			123,09	121,92	122,61	122,81	90,98	70,49	124,35	74,26	73,22	86,72	Stadt
7922	Omnibushof	107,38	102,75	208,43	178,27	151,13	80,89	141,46	104,71	117,23	100,70	24,11	26,03	Stadt
7930	Fest- und Messeplatz	144,29	111,12	116,60	188,30	77,23	101,86	146,89	130,76	69,32	149,86	117,91	168,60	Stadt
8550	Stadtwald ab 2008									72,07	25,75	17,29	31,01	Stadt
8800	Wohn- und Geschäftsgebäude	155,64	195,97	175,88	216,11	258,37	186,13	154,45	161,54	122,65	117,92	51,88	53,00	GWG

Kasseneinnahmereste Verwaltungshaushalt		2007	2008	2009	2010	2011	gegenüber Vorjahr + / -
							€
100	Gebühren für Prüfungen Dritter	0,00	0,00	0,00	0,00	7.560,00	7.560,00
100	Ersätze vom KST	0,00	6.347,50	6.347,50	0,00	7.015,00	7.015,00
200	Ersätze vom KST	0,00	11.725,00	0,00	0,00	11.725,00	11.725,00
200	Ersätze vom KST	0,00	5.617,50	0,00	0,00	5.617,50	5.617,50
200	Erstattung von Zahlungen aus SN Mitteln	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
203	Mieten	6.797,41	8.549,51	7.486,60	6.353,44	4.232,98	-2.120,46
210	Mieten aus der Mietverwaltung der GWG	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
220	Ersätze vom KST	9.740,00	9.740,00	9.740,00	13.980,00	19.760,00	5.780,00
220	Ersätze vom KST	2.745,00	2.745,00	2.745,00	4.110,00	16.380,00	12.270,00
221	Ersätze vom KST	7.807,00	5.168,00	9.297,00	12.206,00	12.778,58	572,58
221	Ersätze vom KST	1.865,00	1.777,00	5.762,00	4.682,00	15.200,00	10.518,00
221	Ersätze von Dritten	15.204,00	14.232,00	22.488,00	24.030,00	27.531,00	3.501,00
320	Säumniszuschläge	601.213,81	299.379,79	351.190,19	222.718,42	227.069,64	4.351,22
310	Ersätze vom KST	0,00	20.085,00	0,00	0,00	20.085,00	20.085,00
320	Ersätze vom KST	0,00	0,00	0,00	0,00	13.495,00	13.495,00
320	Ersätze vom KST	0,00	13.495,00	0,00	0,00	20.662,50	20.662,50
340	Ersätze vom KST	7.792,50	7.792,50	7.792,50	0,00	7.792,50	7.792,50
340	Verzinsung von Steuernachforderungen	10.129,00	30.171,00	139.289,00	95.952,54	105.853,80	9.901,26
350	Erstattung von Sach- und Personalkosten	5.712,00	0,00	0,00	0,00	6.628,30	6.628,30
355	Mieten	0,00	2.297,70	0,00	0,00	0,00	0,00
355	Vermischte Einnahmen	0,00	0,00	65.775,00	159.911,01	97.064,13	-62.846,88
355	Mieten aus der Mietverwaltung der GWG	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
355	Ersätze vom EBT	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
510	Verwaltungsgebühren	7.014,09	10.385,62	10.712,75	12.063,47	14.205,97	2.142,50
550	Drittmittel für INET	0,00	0,00	0,00	0,00	29.361,63	29.361,63
610	Ersätze vom KST	70.219,00	54.897,19	53.280,00	70.064,00	50.505,31	-19.558,69
610	Ersätze vom KST	14.150,00	14.753,50	13.852,97	38.852,97	0,00	-38.852,97
610	Ersätze von Dritten	447,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
620	Verkauf von Druckerzeugnissen	2.546,97	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Anlage 4.1

Kasseneinnahmereste Verwaltungshaushalt	2007	2008	2009	2010	2011	gegenüber Vorjahr + / -
810 Zuschüsse vom Arbeitsamt	0,00	7.591,72	6.313,91	0,00	0,00	0,00
810 Ersätze vom KST	8.824,41	5.000,00	0,00	13.329,64	6.206,03	-7.123,61
810 Erstattungen von der AHT gGmbH	7.927,34	8.046,47	12.126,25	12.267,13	3.200,00	-9.067,13
810 Ersätze vom KST	0,00	0,00	0,00	5.659,51	0,00	-5.659,51
1100 Verwaltungsgebühren	115.497,54	107.811,78	101.068,17	97.453,97	93.258,42	-4.195,55
1100 Kostenersätze für Ordnungsmaßnahmen	32.832,72	27.776,53	36.674,76	34.060,15	33.812,90	-247,25
1100 Kostenersätze von Obdachlosen	144.627,20	123.815,79	113.612,38	87.336,83	88.482,29	1.145,46
1300 Kostenersatz Überlandhilfe	593,91	312,91	312,91	8.531,00	0,00	-8.531,00
1300 Kostenersatz Leitstelle	0,00	0,00	96.640,66	93.729,40	95.542,20	1.812,80
1300 Kostenersatzungen	30.834,34	20.462,94	20.077,07	26.151,00	38.984,43	12.833,43
1400 Kostenersätze vom Bund	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2117 Kostenersätze von Dritten	0,00	229,04	0,00	0,00	0,00	0,00
2900 Ersatz Schülerbeförderungskosten v.Landkreis	425,35	726,15	669,83	338,05	3.263,35	2.925,30
2910 Zuweisungen vom Landkreis	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2911 Entgelte für die ergänzende Betreuung	6.252,52	6.802,25	6.316,22	5.932,15	7.568,85	1.636,70
2920 Mieten aus der Mietverwaltung der GWG	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2940 Zuweisungen und Zuschüsse vom Land	968.812,20	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2951 Benutzungsentschädigungen	19.844,89	27.111,59	49.903,79	43.114,58	40.626,14	-2.488,44
2951 Stellplatzmieten	997,25	997,25	1.057,25	1.052,25	0,00	-1.052,25
3000 Verkaufserlöse	495,23	257,94	294,30	963,32	0,00	-963,32
3210 Personalkostenersatzung Kunsthalle	20.043,60	21.609,17	17.055,28	16.242,73	49.212,15	32.969,42
3553 Benutzungsgebühren	2.038,40	1.738,40	1.738,40	1.738,40	0,00	-1.738,40
3553 Mieten aus der Mietverwaltung der GWG	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3700 Zuschuss Landesdenkmalamt	0,00	0,00	40.000,00	19.250,00	19.250,00	0,00
4010 Kostenersatz Bundesagentur	70.807,31	61.800,81	42.807,31	0,00	0,00	0,00
4300 Erstattung Zuschuss AHT	17.104,75	9.570,47	19.069,11	10.557,79	5.334,77	-5.223,02
4351 Mieten aus der Mietverwaltung der GWG	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4351 Mieten Männerwohnheim	13.138,58	9.328,72	9.094,37	6.631,57	5.765,25	-866,32
4353 Mieten aus der Mietverwaltung der GWG	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4360 Kostenersätze Unterbringung Asylbewerber	4.498,29	16.639,97	40.127,33	65.575,23	82.405,24	16.830,01
4600 Vermischte Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4641 Elternbeiträge Kindergärten	23.505,47	6.755,42	0,00	0,00	0,00	0,00
4641 Mieten	6.350,30	6.558,57	0,00	0,00	8.537,52	8.537,52

Kasseneinnahmereste Verwaltungshaushalt		2007	2008	2009	2010	2011	gegenüber Vorjahr +/-
4641	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land	316.526,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4642	Verpflegungskostenpauschale	0,00	10.213,00	16.612,35	22.819,53	33.875,59	11.056,06
4642	Betreuungsgebühren	61.312,05	68.839,88	67.203,17	71.233,09	74.697,73	3.464,64
4642	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land	593.554,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4642	Interkommunaler Ausgleich	0,00	0,00	0,00	126.111,67	106,71	-126.004,96
4643	Elternbeiträge Schülerhorte	13.546,66	11.681,63	11.681,63	11.007,36	11.686,02	678,66
5200	Zuweisung d.Landes/Altlastenfonds	2.380,00	40.300,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5600	Ersätze	0,00	0,00	11.163,45	9.865,06	7.749,34	-2.115,72
5611	Einnahmen aus Pacht	23.025,00	0,00	0,00	16.249,99	0,00	-16.249,99
5611	Personalkostenerstattung v.d. TSpBG	0,00	8.914,64	4.059,52	5.007,78	6.931,13	1.923,35
6020	Verwaltungskostenbeitrag von den SWT	27.009,06	0,00	0,00	0,00	26.144,25	26.144,25
6010	Vermischte Einnahmen			0,00	60.329,13	60.515,19	186,06
6020	Ersätze vom KST	41.387,50	41.387,50	44.610,00	0,00	41.387,50	41.387,50
6100	Vermischte Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	15.236,31	15.236,31
6120	Vermessungsgebühren	3.369,31	3.432,36	3.347,31	3.322,32	3.495,04	172,72
6120	Gebühren Gutachterausschuß	1.828,02	4.045,92	3.071,44	11.172,28	5.987,92	-5.184,36
6120	Erstattung von den Stadtwerken	5.258,65	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6121	Vermessungsgebühren	81.402,53	27.574,76	42.404,08	87.317,33	53.116,86	-34.200,47
6121	Verrechnungseinnahmen vom VmH	1.278,69	950,44	1.079,29	1.036,34	3.961,21	2.924,87
6121	Ersätze vom EBT	2.749,61	756,65	0,00	17.530,63	13.136,36	-4.394,27
6130	Baugenehmigungs- u. Kontrollgebühren	178.410,55	204.551,45	208.250,43	152.269,52	164.668,80	12.399,28
6150	Erstattung von Sach- und Personalkosten	94.486,00	0,00	0,00	0,00	117.786,71	117.786,71
6200	Fehlbelegungsabgabe	12.022,16	10.757,16	8.970,16	1.133,99	0,00	-1.133,99
6300	Zuweisung für Gemeindeverbindungsstraßen	10.320,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6300	Zuweisung Straßenverbindungspauschale	21.624,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6300	Ersätze vom Eigenbetrieb EBT	0,00	996.305,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6500	Zuweisungen für Ortsdurchfahrten	8.526,34	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6600	Betriebskostensatz für Signalanlagen	6.491,45	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6700	Kostensätze	12.852,19	6.198,99	3.069,98	2.644,62	6.783,39	4.138,77
7000	Ersatzleistungen für Schadensfälle	0,00	0,00	0,00	0,00	13.002,63	13.002,63
6810	Mieten aus der Mietverwaltung der GWG	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Kasseneinnahmereste Verwaltungshaushalt	2007	2008	2009	2010	2011	gegenüber Vorjahr +/-
7000 Zinsen aus Trägerdarlehen KST	0,00	0,00	115.133,91	0,00	45.000,00	45.000,00
7000 Gewinnausschüttung KST	0,00	458.717,33	0,00	0,00	0,00	0,00
7210 Abfallbeseitigungsgebühren	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7300 Marktgebühren	60.525,54	32.550,65	36.230,46	40.001,57	51.159,11	11.157,54
7340 Gebühren Markthalle	11.729,91	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7340 Mieten aus der Mietverwaltung der GWG	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7500 Bestattungsgebühren	3.417,22	3.417,22	3.417,22	3.417,22	3.417,22	0,00
7700 Zinsen aus Trägerdarlehen KST	0,00	0,00	0,00	0,00	25.732,87	25.732,87
7700 Gewinnausschüttung KST	235.365,43	209.956,37	22.880,68	0,00	75.818,65	75.818,65
7650 Mieten aus der Mietverwaltung der GWG	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7900 Benutzungsgebühren von Verkehrsunternehm	186,32	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7930 Platzmieten	43.076,35	43.076,35	43.076,35	42.893,34	44.083,34	1.190,00
8300 Konzessionsabgabe Stadtwerke	1.174.000,00	829.766,53	1.116.500,00	1.070.500,00	1.132.750,00	62.250,00
8300 Konzessionsabgabe EVS	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8550 Erlöse aus Holzverkäufen	15.706,28	20.274,50	17.784,03	467,23	658,39	191,16
8550 Pachtzinsen Seinbruch Hagnach	9.956,22	28.436,44	44.810,84	44.810,84	0,00	-44.810,84
8800 Gebäudemieten	142.122,05	124.641,25	145.538,57	151.101,22	122.159,47	-28.941,75
8800 Mieten f. ehem. Garnisonswohnungen	16.697,23	15.565,00	15.565,00	15.189,96	15.565,00	375,04
8800 Mieten aus der Mietverwaltung der GWG	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8800 Pachtzinsen	28.746,10	31.541,96	39.415,00	13.884,93	18.034,16	4.149,23
8800 Vermischte Einnahmen	593,52	593,52	611,20	611,20	611,20	0,00
8900 Mieten	11.485,73	11.485,73	11.485,73	0,00	0,00	0,00
9000 Grundsteuer B	494.944,76	543.625,78	562.984,11	622.626,12	548.940,91	-73.685,21
9000 Gewerbesteuer	1.646.969,90	1.009.321,30	1.831.880,31	882.891,82	943.083,31	60.191,49
9000 Gemeindeanteil an der Einkommen-u.Lohnst.	0,00	8.461.336,45	595.004,69	0,00	0,00	0,00
9000 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	645.530,80	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9000 Vergütungssteuer	17.884,19	18.616,19	47.723,00	4.894,00	9.476,09	4.582,09
9000 Hundesteuer	13.997,48	15.695,53	16.270,71	15.316,46	15.702,17	385,71
9000 Zweitwohnungssteuer	0,00	0,00	10.944,00	8.458,00	53.969,29	45.511,29
9000 Finanzzuweisung des Landes § 5 FAG	6.684,40	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9000 Zuweisung des Landes § 11 FAG	179.883,90	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9000 Familienleistungsausgleich	583.069,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9100 Zinsen aus vorübergeh.Geldanlagen	100.956,58	0,00	0,00	0,00	41.366,12	41.366,12
9100 Zinsen aus Arbeitgeberbaudarlehen	1.839,55	7.054,98	1.803,85	3.841,17	3.796,09	-45,08
9100 Bürgschaftsgebühren	11.780,77	3.194,37	1.430,89	0,00	0,00	0,00
Sonstige kleinere Beträge aus verschiedenen Einnahmearten	67.707,87	64.525,58	53.099,11	42.025,40	139.195,88	97.170,48
Gesamtsumme	9.303.052,25	14.359.405,11	6.479.830,28	4.776.819,67	5.252.761,34	475.941,67

Kasseneinnahmereste Verwaltungshaushalt	2007	2008	2009	2010	2011	gegenüber Vorjahr +/-
Gesamtsumme						0,00
abzüglich negative Einnahmereste	9.303.052,25	14.359.405,11	6.479.830,28	4.776.819,67	5.252.761,34	475.941,67
Kasseneinnahmereste lt.	-90.715,13	-86.066,37	-115.480,30	-73.105,66	-59.039,11	14.066,55
Haushaltsrechnung						0,00
abzüglich Kasseneinnahmereste Eigenbetriebe	9.212.337,12	14.273.338,74	6.364.349,98	4.703.714,01	5.193.722,23	490.008,22
Summe:	440.742,53	1.209.459,84	325.145,25	180.414,75	409.784,07	229.369,32
	8.771.594,59	13.063.878,90	6.039.204,73	4.523.299,26	4.783.938,16	260.638,90
						0,00
						0,00
abzüglich Gewerbesteueransetzungen	985.473,31	369.514,19	591.797,20	414.328,35	581.629,68	167.301,33
Effektive Reste	7.786.121,28	12.694.364,71	5.447.407,53	4.108.970,91	4.202.308,48	93.337,57
						0,00
						0,00
						0,00
KER gemessen an den Gesamteinnahmen:	171.728.105,16	173.408.851,50	169.469.650,05	188.031.238,56	196.813.546,83	8.782.308,27
ohne Eigenbetriebe	8.771.594,59	13.063.878,90	6.039.204,73	4.523.299,26	4.783.938,16	260.638,90
mit Eigenbetriebe	9.212.337,12	14.273.338,74	6.364.349,98	4.703.714,01	5.193.722,23	490.008,22
Effektive Rest	7.786.121,28	12.694.364,71	5.447.407,53	4.108.970,91	4.202.308,48	93.337,57
abzüglich Reste von der GWG	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
abzüglich Reste von Bund/Land	3.414.635,75	8.511.507,43	717.114,39	0,00	21.943,09	21.943,09
abzüglich Konzessionsabgabe SWT	1.174.000,00	829.766,53	1.116.500,00	1.070.500,00	1.132.750,00	62.250,00
verbleibender Rest	3.197.485,53	3.353.090,75	3.613.793,14	3.038.470,91	3.047.615,39	9.144,48
Anteil am HH-Volumen	1,86%	1,93%	2,13%	1,62%	1,55%	

Kasseneinnahmereste

Anlage 4.2

Vermögenshaushalt 2011

	2007 €	2008 €	2009 €	2010 €	2011 €
2000 Kostenerstattung von Dritten			5.198,63		
2114 Zuweisungen des Bundes			314.084,49		
2124 Zuweisungen des Bundes			79.017,25		
2125 Zuweisungen des Bundes			203.410,21	71.029,72	
2126 Zuweisungen des Bundes			286.680,00		
2129 Zuweisungen des Bundes			281.091,23	133.080,00	
2131 Zuweisungen des Bundes			65.995,50		
2300 Zuweisungen des Landes	301.000,00				
2340 Zuweisungen des Landes					109.600,00
2810 Zuweisungen des Bundes			255.600,00	255.600,00	
2950 Zuweisungen des Bundes			122.160,00	0,00	
2951 Zuweisungen des Bundes			407.960,40	303.005,87	
3212 Verkaufserlöse / Ersatzleistg.	11.219,72	11.219,72	11.219,72	11.219,72	11.219,72
3310 Zuweisungen des Bundes			491.802,09		
4642 Zuweisungen des Bundes			559.161,86	35.210,00	
5611 Namensrecht	1.190.000,00				
5610 Zuweisungen des Bundes			102.971,00	75.000,00	
5800 Ersatzleistungen f. Sachschäden	7.604,32	1.860,62	1.860,62	4.565,28	5.426,46
6300 Erschließungsbeiträge	125.746,41	76.064,26	139.105,64	139.105,68	137.671,02
6300 Rückzahlg. überzahlter Ausgaben			30.223,72	33.710,33	4.934,84
6300 Erstattungen Gemeindestraßen	100.364,27				
6300 Zuwendungen des Landes GVFG				95.000,00	95.000,00
6800 Ablösungsbeiträge für Stellplatzverpflichtungen	100.955,38	71.669,38	57.669,38	51.669,38	51.669,38
6900 Zuweisungen des Landes	0,00	0,00	860.000,00	738.000,00	445.800,00
7010 Entwässerungsbeiträge	109.062,47	109.062,47	109.062,47	109.062,47	104.381,58
7611 Zuweisungen des Landes				100.250,00	
7700 Darlehensrückflüsse	10.750,00	10.750,00	10.750,00	0,00	10.750,00
8800 Grundstückserlöse	61.307,49	114.134,35	189.400,00	1.107.500,15	22.115,40
8800 Grundstückserlöse Neckaraue	672.000,00	672.000,00	672.000,00	672.000,00	672.000,00
8800 Grundstückserlöse für Großsporthalle					
9100 Darlehensrückflüsse	18.092,59				
9100 Fehlbetrag HH-Jahr 2003					
Sonstige und kleinere Beträge	766,94	766,94	4.459,86		4.060,00
Kasseinnahmereste	2.708.869,59	1.067.527,74	5.260.884,07	3.935.008,60	1.674.628,40
abzügl. negative Einnahmereste	-6.500,00				-2.145,00
Kasseneinnahmereste lt. Haushaltsrechnung	2.702.369,59	1.067.527,74	5.260.884,07	3.935.008,60	1.672.483,40

Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge 2011

Anlage 4.2

	2007 €	2008 €	2009 €	2010 €	2011 €
Lohnsteuer			84.717,00	206.020,00	55.794,37
Rückzahlungen v. Dienstbezügen u.a.	196.038,18	31.858,70	99.014,50	119.937,24	321.015,15
Rückzahlungen v. Dienstbezügen	45.269,14				
Erstattung Dienstbezüge BVV	32.804,41	38.557,89	40.040,07	35.042,43	
Erstattung Dienstbezüge "Hirsch"		12.639,10	13.527,75		
Erstattung Dienstbezüge Region Neckar-Alb				40.847,12	
Erstattung Dienstbezüge Musikschule	160.523,15	153.625,80	160.342,05	174.176,99	166.572,63
Erstattung Dienstbezüge LEG	39.523,96	48.974,75	12.842,93	3.957,71	548,48
Erstattung Dienstbezüge GWG	20.512,63	20.692,64	0,01		
Erstattung Dienstbezüge EBT	165.898,30	167.826,85	209.629,57	207.729,15	0,01
Erstattung Dienstbezüge AHT	4.039,90				
Erstattung von Dienstbezügen KST	9.181,85	6.164,28	14.007,55	12.118,85	
Abrechnung Umsatzsteuer	108.321,27	4.628,18	87.038,92	65.961,62	100.692,14
Mehrwertsteuer	18.549,72	8.239,72	8.302,16	11.098,34	9.529,43
Depotbetrag zur Ablösung d.					
Abschlagszahlungen an d. SWT	1.022.583,76	1.022.583,76	1.022.583,76	1.022.583,76	1.022.583,76
Sonstige Vorschüsse und Verwahrungen			20.786,17	20.786,17	0,00
Durchlaufende Gelder	488.959,95	421.828,17	371.840,46	346.113,44	294.426,76
Handvorschüsse	25.000,00	26.350,00	27.080,00	27.330,00	28.365,00
sonstige und kleinere Beträge	9.380,23	10.379,81	8.223,48	5.569,68	7.547,21
Kasseneinnahmereste	2.346.586,45	1.974.349,65	2.179.976,38	2.299.272,50	2.007.074,94
abzüglich negative Kasseneinnahmerereste	- 1.314,47 € -	- 685,59 € -	- 685,59 € -	- 685,59 € -	- 685,59 € -
Kasseneinnahmereste lt..					
Haushaltsrechnung	2.345.271,98	1.973.664,06	2.179.290,79	2.298.586,91	2.006.389,35

Bewertung des Vermögens zum 31.12.2011

A K T I V A

1 Anlagevermögen	Stand 2007	Stand 2008	Stand 2009	Stand 2010	Stand 2011
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	223.727 €	212.331 €	282.066 €	299.251 €	294.488 €
1.2 Sachvermögen					
1.2.1 Unbebaute Grundstücke	1.215.145 €	26.596.102 €	34.998.635 €	72.022.574 €	127.587.403 €
1.2.2 Bebaute Grundstücke	542.552 €	29.866.233 €	67.274.111 €	114.291.879 €	119.861.871 €
1.2.3 Infrastrukturvermögen	561.988 €	2.701.314 €	4.246.207 €	8.472.341 €	12.513.719 €
1.2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	- €	- €	- €	- €	- €
1.2.5 Kunstgegenstände/Kunstdenkmäler	3.380.691 €	3.388.785 €	3.406.581 €	3.511.004 €	3.583.338 €
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	1.280.477 €	2.622.691 €	2.894.390 €	4.802.638 €	4.676.909 €
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.079.604 €	4.249.103 €	4.712.194 €	4.683.810 €	5.308.915 €
1.2.8 Vorräte	- €	- €	- €	- €	- €
1.2.9 Geleistete Anzahlung, Anlagen im Bau	- €	- €	- €	- €	- €
1.3 Finanzvermögen					
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	50.780.481 €	50.780.481 €	49.757.897 €	50.720.177 €	50.083.019 €
1.3.2 Sonstige Beteiligungen	411.112 €	414.612 €	388.612 €	- €	- €
1.3.3 Sondervermögen	- €	- €	- €	- €	- €
1.3.4 Ausleihungen	3.766.182 €	3.498.588 €	4.068.837 €	3.456.892 €	- €
1.3.5 Wertpapiere	23.008 €	23.008 €	23.008 €	23.008 €	- €
1.3.6 Öffentlich-rechtl. Ford. und Ford. aus Transferl. Kasseneinnehmereste	14.304.014 €	17.377.857 €	13.824.525 €	10.967.685 €	8.872.595 €
1.3.7 Privatrechtl. Forderungen, sonst. Finanzvermögen					
Geldanlagen	23.497.839 €	26.367.839 €	16.670.000 €	14.510.000 €	32.530.000 €
Haushaltseinnahmereste	9.149.477 €	9.949.352 €	7.948.949 €	6.612.915 €	10.616.713 €
1.3.8 Interne Forderungen aus inneren Darlehen	3.270.734 €	3.270.734 €	3.270.734 €	3.270.734 €	3.270.734 €
1.3.9 Liquide Mittel	8.277.641 €	90.029 €	1.343.140 €	4.716.828 €	1.403.213 €
2 Abgrenzungsposten					
2.1 ARAP	- €	- €	- €	- €	- €
2.2 Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse	- €	- €	- €	- €	- €
3 Nettoposition (nicht gedeckter Fehlbetrag)	- €	- €	- €	- €	- €
Summe der nicht bewerteten Sachanlagen	123.764.671 €	181.409.059 €	215.086.878 €	302.361.737 €	380.602.917 €
Haushaltsausgabereiste Vermögenshaushalt	268.909.169 €	222.766.752 €	184.633.547 €	106.761.286 €	54.248.815 €
SUMME AKTIVA	405.228.661 €	419.591.818 €	417.513.153 €	420.334.713 €	450.941.149 €

Bewertung des Vermögens zum 31.12.2011

Anlage 5

P A S S I V A

1 Kapitalpositionen	Stand 2007	Stand 2008	Stand 2009	Stand 2010	Stand 2011
1.1 Basiskapital	19.851.289 €	24.851.498 €	22.592.730 €	25.274.540 €	32.538.329 €
1.2 Rücklagen	- €	- €	- €	- €	- €
1.2.1 RL aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	- €	- €	- €	- €	- €
1.2.2 RL aus Überschüssen des Sonderergebnisses	- €	- €	- €	- €	- €
1.2.3 BewertungsRL f. Übersch. des Bewertungserg.	- €	- €	- €	- €	- €
1.2.4 Zweckgebunden Rücklage	- €	- €	- €	- €	- €
1.2.5 Sonstige Rücklagen	- €	- €	- €	- €	- €
1.3 Ergebnis	3.772.844 €	6.468.100 €	149.603 €	- €	3.784.983 €
1.3.1 Ergebnisvortrag aus Vorjahr	- €	- €	- €	- €	6.562.842 €
1.3.2 Jahresüberschuss/-fehlbetrag	6.468.100 €	149.603 €	- €	3.784.983 €	- €
Überschuss Vermögenshaushalt					
1.4 Sonderposten	5.514.843 €	13.059.372 €	34.666.978 €	39.444.013 €	44.805.015 €
1.4.1 Sonderposten für Investitionszuweisungen	22.396.991 €	19.786.884 €	26.776.748 €	30.448.789 €	8.355.984 €
Zuweisungen lt. Vermögensrechnung	18.977.935 €	18.977.935 €	20.537.713 €	8.245.372 €	- €
1.4.2 Sonderposten für Investitionsbeiträge	- €	- €	- €	- €	- €
2 Rückstellungen	- €	- €	- €	- €	- €
2.2 Lohn- und Gehaltsrückstellungen	- €	- €	- €	- €	- €
2.3 Instandhaltungsrückstellungen	- €	- €	- €	- €	- €
2.4 Stilllegungs- und Nachsorgerückstellungen	- €	- €	- €	- €	- €
2.5 Gebührenüberschussrückstellungen	- €	- €	- €	- €	- €
2.6 Altlastsanierungsrückstellungen	- €	- €	- €	- €	- €
2.7 RSt. im Rahmen d. Finanzausgl. u. Steuerschuldverh.	- €	- €	- €	- €	- €
2.8 RSt. f. droh. Verpfl. aus Bursch., Gewährl. u. anh. Gerichtsverf.	- €	- €	- €	- €	- €
3 Verbindlichkeiten	23.234.199 €	25.886.733 €	29.661.586 €	27.505.864 €	30.938.489 €
3.1 Anleihen	- €	- €	- €	- €	- €
3.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	- €	- €	- €	- €	- €
3.3 Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	- €	- €	- €	- €	- €
3.4 Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen	17.188.439 €	6.355.115 €	4.752.930 €	3.777.476 €	4.904.547 €
Kassenausgabereste	- €	- €	- €	- €	- €
3.5 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	- €	- €	- €	- €	- €
3.6 Interne Verbindlichkeiten aus inneren Darlehen	- €	- €	- €	- €	- €
3.7 Sonstige Verbindlichkeiten	- €	7.538.434 €	- €	- €	- €
4 PRAP	- €	- €	- €	- €	- €
Kassenbestand GWG	153.820 €	90.029 €	74.907 €	374.048 €	377.993 €
Summe des nicht bewerteten Deckungskapital	117.558.460 €	123.163.704 €	139.213.197 €	138.855.086 €	132.268.182 €
Haushaltsausgabereste	273.015.626 €	278.248.434 €	258.412.442 €	267.848.202 €	299.446.145 €
SUMME PASSIVA	405.228.661 €	419.591.818 €	417.513.152 €	420.334.713 €	450.941.149 €

